

# Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus 2024–2030

## Einleitung

Die Niederlande sind ein Land der Freiheiten, des gegenseitigen Respekts und der Akzeptanz von Unterschieden. Eine freie, offene Gesellschaft, in der Chancengleichheit für alle gilt – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung oder Geschlecht. Eine Gesellschaft, in der sich jeder frei fühlt, seine Identität und Kultur zum Ausdruck zu bringen. In der jeder gleich behandelt wird. Diese Freiheiten sind in unserer Verfassung verankert; sie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Diese Freiheiten gehören zu den Wesensmerkmalen der Niederlande. Die Regierung verteidigt sie ohne Wenn und Aber.

Leider bleiben jüdischen Menschen diese Freiheiten verwehrt. Die jüdische Gemeinschaft, die in den Niederlanden gerade einmal 50.000 Personen umfasst, lebt jeden Tag mit einem starken Gefühl der Unsicherheit. Viele ihrer Angehörigen fühlen sich nicht sicher, wenn es darum geht, ihr Jüdischsein öffentlich zu zeigen. Juden, die ihren Glauben und ihre Identität offen leben, sehen sich Bedrohungen, Aggression und sogar Gewalt ausgesetzt. Viele fühlen sich gezwungen, ihre Kippa nicht mehr sichtbar oder gar nicht mehr zu tragen oder die Mesusa vom Türrahmen zu entfernen. Es gibt jüdische Kinder, die auf dem Schulweg geschützt werden müssen, und wenn ein jüdisches Fest organisiert werden soll, muss erst die Frage der Sicherheit geklärt werden, weil es andernfalls nicht stattfinden kann. Dass es Menschen in den Niederlanden gibt, die sich wegen ihres Jüdischseins nicht sicher fühlen, ist nicht hinnehmbar. Das ist nicht das Land, das wir aufgebaut haben.

Die Regierung erklärt: Es gibt keinen Platz und keinerlei Rechtfertigung für Antisemitismus. Die Ereignisse vom 7. und 8. November 2024 in Amsterdam sind völlig inakzeptabel und zwingen zu sofortigem und längerfristigem Handeln. Glücklicherweise setzen sich viele für den Schutz jüdischen Lebens ein: Bürgermeister, Polizei – beide häufig an vorderster Front –, Staatsanwaltschaft, der Bildungssektor und eine Vielzahl gesellschaftlicher Initiativen. Doch trotz all dieser Anstrengungen fühlt sich ein Großteil der jüdischen Gemeinschaft derzeit weder sicher noch frei in den Niederlanden. Das ist beschämend.

Mit der vorliegenden Strategie will die Regierung klarmachen, dass die Bekämpfung des Antisemitismus alle Niederländer angeht. Als Gesellschaft stehen wir alle miteinander in der Verantwortung, dem Antisemitismus und der Unsicherheit unter Juden entgegenzuwirken. Die Niederlande sind eine offene, von Vernunft geprägte und tolerante Gesellschaft. Jüdisches Leben ist sehr nachdrücklich ein Teil davon.

Leitbild dieser Strategie ist ein Land ohne Antisemitismus. Angesichts der jahrtausendalten Geschichte des Antisemitismus und der Hartnäckigkeit, mit der er in jeder neuen Krise wieder in Erscheinung tritt, ist das ein sehr ehrgeiziges Ziel. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass wir dieses Ziel als Gesellschaft nicht anstreben könnten. Die Regierung begrüßt das Engagement all jener, die hier einen Beitrag leisten – etwa im Bildungswesen, im Sicherheitsbereich, im Kultursektor oder in zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Sie verstärkt die Anstrengungen mit konkreten Maßnahmen, mit einer klaren Normsetzung und Grenzziehung, mit Anerkennung und indem sie ihre Unterstützung kundtut, indem sie die Resilienz von Bürgern stärkt, die für Antisemitismus anfällig sind, und indem sie dem Antisemitismus den Nährboden in der Gesellschaft so weit wie möglich entzieht. Das Ministerium für Justiz und Sicherheit stellt für den Kampf gegen Antisemitismus ab 2025 strukturell 4,5 Millionen Euro

zusätzlich bereit. Die vorliegende Strategie beinhaltet auch eine Aktualisierung der Maßnahmen, wie im Schreiben vom 23. April 2024 dargelegt.<sup>1</sup> Außerdem wird auf die Themen aus dem Initiativpapier der Abgeordneten Ellian (VVD) und Bikker (CU) zur »Bekämpfung von Antisemitismus – der nächste Schritt«<sup>2</sup> eingegangen. Die Strategie stellt ein mehrjähriges Konzept dar, in dessen Rahmen wir als Regierung jedes Jahr prüfen, ob die ergriffenen Maßnahmen effektiv sind oder ob es weiterer Intensivierungen bedarf. Diese Weiterentwicklung der Strategie wird vom Minister für Justiz und Sicherheit koordiniert, wobei die verschiedenen Minister und Staatssekretäre die Letztverantwortung für Maßnahmen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich tragen.<sup>3</sup> Als Sonderberater der Regierung spielt der Nationale Koordinator für die Bekämpfung des Antisemitismus (Nationaal Coördinator Antisemitismebestrijding/NCAB) im gesamten Prozess eine entscheidende Rolle; er gibt Empfehlungen zur Politik und zu ihrer Umsetzung ab.

Unter der Verantwortung des Ministers für Justiz und Sicherheit wird die Regierung in Kürze eine Taskforce zur Bekämpfung von Antisemitismus einrichten. Diese hochrangig besetzte Taskforce wird im kommenden Jahr gezielte Maßnahmenvorschläge zur Förderung der Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft, einschließlich der Sicherheit jüdischer Studenten an Universitäten und Fachhochschulen, für ein Verbot antisemitischer Redner an Hochschulen und für sicherheitsbezogene Konsequenzen der Sitzstreiks in den Bahnhöfen erarbeiten. Der Regierung ist wichtig, dass der Taskforce Vertreter der betroffenen Ministerien, der NCAB, Bürgermeister, Vertreter aus den Bereichen Bildung, Sport und Kultur sowie des öffentlichen Verkehrswesens und andere gesellschaftliche Akteure angehören, damit die Maßnahmen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich schnell umgesetzt werden können. Ebenso gehören Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft der Taskforce an. Die Taskforce wird für den Zeitraum eines Jahres eingerichtet; ihr Sekretariat wird beim NCAB angesiedelt.

Mit der Gründung der Taskforce wird außerdem der Antrag des Abgeordneten Stoffer<sup>4</sup> ausgeführt, gemeinsam mit den Universitäten eine Lenkungsgruppe zur Bekämpfung von Antisemitismus im Hochschulwesen zu bilden.

*»Der Kampf gegen Antisemitismus obliegt nicht der Verantwortung der Juden – er ist Teil des Schutzes des demokratischen Rechtsstaats und der Gesellschaft als Ganzes.« Eddo Verdoner, Nationaler Koordinator für die Bekämpfung des Antisemitismus*

---

<sup>1</sup> Parlamentsdruksachen II, 2023-2024, 30950, Nr. 367.

<sup>2</sup> Parlamentsdruksachen II, 2022/23, 36272, Nr. 2, und Parlamentsdruksachen II, 2023/2024, 36272, Nr. 8.

<sup>3</sup> Siehe Anhang: Koordinierung der Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus.

<sup>4</sup> Parlamentsdruksachen II, 2024-2025, 36651 Nr. 17.

### **Antisemitismus in Zahlen**

Die Statistiken der Meldestellen für das Jahr 2023 belegen eine Zunahme der Meldungen von Antisemitismus. Bei den Antidiskriminierungsstellen der Kommunen gingen 2023 insgesamt 154 Meldungen über Antisemitismus ein, 2022 waren es 69. Die Polizei registrierte 2023 insgesamt 880 Fälle von Antisemitismus (Meldungen und Anzeigen) gegenüber 549 Fällen im Vorjahr.

Dabei nahm die Zahl der Fälle zu, in denen es zu Gewalt oder Bedrohungen kam. 2023 registrierte die Polizei 43 Fälle von gewalttätigem Antisemitismus gegenüber 28 Fällen im Vorjahr. In 80 der von der Polizei registrierten Fälle ging der Antisemitismus mit einer Bedrohung einher, im Jahr zuvor waren es 54 Fälle.

Die Staatsanwaltschaft registrierte im Jahr 2023 181 antisemitisch motivierte Diskriminierungsdelikte gegenüber 94 Fällen im Vorjahr. Die Differenz zwischen der Zahl der bei der Polizei bzw. der Staatsanwaltschaft registrierten Meldungen ist unter anderem dadurch zu erklären, dass lediglich ein Teil der gemeldeten Antisemitismusvorfälle unter das Strafrecht fällt. Unter den von der Staatsanwaltschaft registrierten Fällen spezifischer Diskriminierung geht ein verhältnismäßig großer Teil auf Antisemitismus zurück. Zudem steigt dieser Anteil seit einigen Jahren. Von den insgesamt 535 von der Staatsanwaltschaft im Jahr 2023 registrierten Diskriminierungsfällen (spezifische Diskriminierungsfälle und allgemeine Delikte mit einem Diskriminierungsaspekt) handelte es sich bei einem Drittel um Antisemitismus. Bei den spezifischen Diskriminierungsfällen erhöhte sich der Antisemitismus-Anteil sogar von 39 % im Jahr 2022 auf 48 % im Jahr 2023. Und das, obwohl lediglich 0,3 % der niederländischen Bevölkerung jüdisch sind. (Dabei sei angemerkt, dass die Staatsanwaltschaft bei der Registrierung von Diskriminierung als Motiv »Antisemitismus« vermerkt, wenn sich die Äußerung auf Juden bezieht. Das bedeutet nicht, dass die Äußerung tatsächlich an eine jüdische Person gerichtet sein muss.) Der Anstieg der bei der Staatsanwaltschaft eingegangenen Fälle hängt unter anderem mit einem intensiveren Vorgehen gegen Diskriminierung (einschließlich Antisemitismus) im Fußball zusammen.

Beim Portal »Meld.Online Discriminatie« gingen 2023 insgesamt mehr Meldungen ein als im Vorjahr, was auch daran liegt, dass die Bekanntheit des Portals durch eine Kampagne zugenommen hat.

Bei 114 Meldungen ging es um Antisemitismus, im Vorjahr war dies bei lediglich 16 Meldungen der Fall. Dies entspricht 24 % aller Meldungen bei diesem Portal.

Darüber hinaus veröffentlichte das Zentrum für Information und Dokumentation zu Israel (CIDI) am 9. April 2024 einen Monitoringsbericht zu antisemitischen Vorfällen 2023. Aus diesem Dokument geht hervor, dass die Zahl der Meldungen im Vergleich zum Vorjahr von 155 auf 379 angestiegen ist (dies entspricht einer Zunahme um 245 %). In diesem Kontext wurde die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) verwendet.

#### Quellen:

Jaarlijkse discriminatiecijfers 2022 en 2023 (Jahresstatistiken zu Diskriminierung 2022 und 2023)

Cijfers in Beeld 2022 en Strafbare discriminatie in beeld 2023 (Zahlen im Bild 2022 und Strafbare Diskriminierung im Bild 2023)

Monitor Antisemitisme Incidenten 2023, CIDI (Monitor Antisemitische Vorfälle 2023, CIDI)

## Täter und Zielgruppen

In den Niederlanden werden von den verschiedenen Stellen, die Statistiken zu antisemitistischen Vorfällen führen, keine Zahlen zu Tätergruppen veröffentlicht. Die nachstehenden Quellen bieten lediglich einen Einblick in die Tätergruppen eines kleinen Teils aller Erscheinungsformen von Antisemitismus.

Aus dem jüngsten Bericht des Nationalen Koordinators für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit (NCTV) zur terroristischen Bedrohungslage in den Niederlanden geht hervor, dass Antisemitismus im antiinstitutionellen Extremismus, im Dschihadismus und im Rechtsextremismus vorkommt. Vertreter der beiden letztgenannten Strömungen rufen regelmäßig zur Gewalt gegen Juden auf.

Der Allgemeine Nachrichten- und Sicherheitsdienst (AIVD) schreibt in seinem Jahresbericht 2023, dass die Bedrohung jüdischer und israelischer Ziele in den Niederlanden größer geworden ist. Der Konflikt im Gazastreifen kann die Hemmschwelle für radikalislamische Personen herabsetzen, die zwar keine Anhänger der dschihadistischen Ideologie sind, aber in der Gewalt in Gaza eine Rechtfertigung für Angriffe auf israelische oder jüdische Objekte oder Personen sehen.<sup>1a</sup>

Eine von der Marktforschungsagentur Panteia im Auftrag der Anne-Frank-Stiftung durchgeführte Untersuchung zu Antisemitismus in weiterführenden Schulen hat ergeben, dass Schüler vor allem beim Fußball Juden als Gruppe beleidigen. Die Beleidigungen kommen in den meisten Fällen von Schülern mit einem westlichen Hintergrund. Beleidigungen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt stammen dagegen häufiger von Schülern mit einem niederländisch-marokkanischen oder niederländisch-türkischen Hintergrund.<sup>1b</sup>

Aus einer Untersuchung in der Provinz Südholland zur Haltung türkischer, marokkanischer, surinamischer und karibischer Niederländer gegenüber Juden geht hervor, dass bikulturelle Niederländer Juden gegenüber im Allgemeinen positiv eingestellt sind. Allerdings vertreten bikulturelle Niederländer eine entschiedenere Haltung als Personen mit einem ausschließlich niederländischen Hintergrund. Dies gilt insbesondere für türkische und marokkanische Niederländer. In diesen Personengruppen gibt es häufiger eine negative Haltung gegenüber Juden als bei Menschen mit ausschließlich niederländischem Hintergrund bzw. bei surinamischen und karibischen Niederländern. Diese Untersuchung hat ergeben, dass der israelisch-palästinensische Konflikt der Hauptgrund für diese negative Haltung ist.<sup>1c</sup>

Darüber hinaus propagieren rechtsextremistische Gruppierungen mehr Antisemitismus als bisher.<sup>1d</sup> Wie im Jahresbericht 2023 des AIVD nachzulesen ist, verbreiteten rechtsextremistische Gruppierungen im Jahr 2023 Juden Hass sowohl online als auch offline. Kern der Gesinnung dieser Gruppierungen ist noch immer die antisemitische Verschwörungstheorie der Umvolkung: der Glaube, dass eine jüdische Elite Massenmigration vorantreibt, um die weiße Bevölkerung in westlichen Ländern zu ersetzen oder zu schwächen.<sup>1e</sup> Der NCTV weist darauf hin, dass Verschwörungstheorien häufig eine antisemitistische Komponente aufweisen, deren sich die Anhänger nicht immer bewusst sind.<sup>1f</sup>

Antisemitismus kann unterschiedliche Formen annehmen und in verschiedenen Gruppen verwurzelt sein. Die Regierung setzt im Kampf gegen den Antisemitismus nachdrücklich auf eine auf Zielgruppen und Tätergruppen ausgerichtete Strategie.

<sup>1a</sup> Bericht zur terroristischen Bedrohungslage in den Niederlanden, Juni 2024.

<sup>1b</sup> Jahresbericht des AIVD, S. 12.

<https://www.aivd.nl/onderwerpen/jaarverslagen/documenten/jaarverslagen/2024/04/22/jaarverslag-2023>.

<sup>1c</sup> Anne Frank Stichting, Antisemitisme in het voortgezet onderwijs (Anne-Frank-Stiftung, Antisemitismus im Sekundarunterricht), 2023, <https://www.annefrank.org/nl/over-ons/onderzoek/sociaal-onderzoek/onderzoek-naar-antisemitisme/antisemitisme-vo-2023/>.

<sup>1d</sup> Motivaction, Een verkenning naar de houding tegenover joden in Zuid-Holland (Motivaction, eine Untersuchung der Haltung gegenüber Juden in der Provinz Südholland), 2024. <https://pzh.notubiz.nl/document/14177670/1>.

<sup>1e</sup> Jahresbericht des AIVD, S. 12.

<https://www.aivd.nl/onderwerpen/jaarverslagen/documenten/jaarverslagen/2024/04/22/jaarverslag-2023>.

<sup>1f</sup> Ebenda, S. 18. <https://www.aivd.nl/onderwerpen/jaarverslagen/documenten/jaarverslagen/2024/04/22/jaarverslag-2023>.

<sup>1g</sup> Bericht zur terroristischen Bedrohungslage in den Niederlanden 58, Mai 2023, S. 38.

<https://www.nctv.nl/onderwerpen/dtn/documenten/publicaties/2023/05/30/dreigingsbeeld-terrorisme-nederland-58>.

## Die Ziele der Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus

Der Kampf gegen Antisemitismus hat für die Regierung Priorität. Deshalb sind die Ziele sehr ambitioniert. Die Strategie basiert auf drei Säulen:

### 1. Säule: Schützen, monitoren und weiterverfolgen

- 1. Ziel: Sicherung jüdischer Einrichtungen, Verfolgung der Täter und Unterstützung der Opfer
- 2. Ziel: Freies und sicheres Jüdischsein in Schulen und Hochschulen

### 2. Säule: Bildung und Prävention

- 3. Ziel: Entziehung des Nährbodens für Antisemitismus
- 4. Ziel: Gemeinsam stark gegen Antisemitismus im Fußball

### 3. Säule: Erinnern und feiern

- 5. Ziel: Wachhalten der Erinnerung und Anerkennung
- 6. Ziel: Jüdisches Leben in den Niederlanden kennenlernen und feiern

## 1. Säule: Schützen, monitoren und weiterverfolgen

### Ziel: Sicherung jüdischer Einrichtungen, Verfolgung der Täter und Unterstützung der Opfer

#### *Die Herausforderung*

Die Regierung hat das Bestreben, den Antisemitismus zu beseitigen. Niemand sollte sich Antisemitismus ausgesetzt sehen. Deshalb sind viele Maßnahmen der Regierungsstrategie auf die Prävention von Antisemitismus ausgerichtet.

Dennoch erhebt der Antisemitismus immer wieder sein Haupt in unserer Gesellschaft. Die Auswirkungen antisemitischer Vorfälle sind groß. Das Opfer erlebt persönliches Leid, sein Vertrauen in die Gesellschaft schwindet und es fragt sich, ob es noch eine sichere Zukunft in den Niederlanden hat. Der Staat und die jüdische Gemeinschaft müssen immer mehr Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, dass Juden in den Niederlanden sicher leben können. Aber auch die Auswirkungen antisemitischer Vorfälle auf die Gesellschaft als Ganzes sind groß. Antisemitismus untergräbt das Fundament unserer Gesellschaft, die Basis unseres Rechtsstaats.

Gegen die Täter muss mit harter Hand vorgegangen werden. Deshalb unterstützt die Regierung die Linie von Polizei und Staatsanwaltschaft, der Bekämpfung von Diskriminierung Vorrang einzuräumen. Es werden Ermittlungsverfahren durchgeführt, und die Staatsanwaltschaft wird Verdächtige bei nachweislicher strafbarer Diskriminierung grundsätzlich verfolgen. Darüber hinaus beantragt die Staatsanwaltschaft bei Delikten nach dem allgemeinen Strafrecht mit Diskriminierungsaspekt (beispielsweise Misshandlung) höhere Strafen.

Obwohl es bei Polizei und Staatsanwaltschaft spezielle Verfahren für den Umgang mit Diskriminierungsfällen<sup>5</sup> (einschließlich Antisemitismus) gibt, wird Antisemitismus relativ selten bei der Polizei angezeigt, so dass die Dunkelziffer relativ hoch sein dürfte. Dies führt unter anderem dazu, dass nur ein verhältnismäßig kleiner Teil aller Vorfälle auf dem Schreibtisch der Staatsanwaltschaft landet. Aus einem Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aus dem Jahr 2018 geht hervor, dass 74 % der jüdischen Niederländer, die von einem antisemitischen Vorfall betroffen sind, die schwerwiegendsten Vorfälle nicht bei der Polizei oder einer anderen Stelle melden.<sup>6</sup> Dieselbe Untersuchung ergab, dass lediglich 20 % der jüdischen Niederländer jeden Fall von Diskriminierung aufgrund ihres Jüdischseins bzw. ihrer Religion melden. Bei gezielten antisemitischen Gewalttaten sind es nur 52 %. Häufig zitierte Gründe für die geringe Melde- und Anzeigebereitschaft der Betroffenen sind die Annahme, dass einer Meldung nicht nachgegangen wird, die Einschätzung, dass der Vorfall nicht schwerwiegend genug war, um eine Meldung zu rechtfertigen, und fehlendes Wissen darüber, wo ein Vorfall gemeldet werden kann. Zugleich wissen wir aber, dass Juden sehr oft mit Antisemitismus konfrontiert werden. Die vorgenannte Untersuchung ergab, dass dies auf 97 % der Befragten zutraf. Das Bild einer geringen Meldebereitschaft unter Opfern von (jeglicher Form von) Diskriminierung ergibt sich auch aus dem jährlichen Sicherheitsbericht des Statistischen Zentralamts (CBS).

---

<sup>5</sup> OM Aanwijzing Discriminatie, Strct. 2018, 68988 (Dienstanweisung an die Staatsanwaltschaft betreffend Diskriminierung; Niederländischer Staatsanzeiger 2018, 68988).

<sup>6</sup> <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/experiences-and-perceptions-antisemitism-second-survey-discrimination-and-hate>.

### *Das Ziel*

Der Staat ergreift Maßnahmen und stellt Mittel zur Steigerung und Festigung der Resilienz jüdischer Einrichtungen bereit. Innerhalb ihres eigenen Verantwortungsbereichs investieren jüdische Einrichtungen auch selbst in Sicherheitsmaßnahmen. Ziel der Regierung ist es, zu gewährleisten, dass diese Kosten die jüdische Gemeinschaft nicht unverhältnismäßig stark belasten. Darüber hinaus gilt es, die Bereitschaft zur Meldung antisemitischer Vorfälle zu erhöhen. Die Regierung möchte erreichen, dass die Opfer grundsätzlich jeden Vorfall melden und dass diesen Meldungen in jedem einzelnen Fall nachgegangen wird. Die Regierung will Hindernisse, die Opfer davon abhalten, einen Vorfall zu melden, möglichst ausräumen und Betroffene darüber aufklären, wo sie eine Meldung machen oder Anzeige erstatten können, und sie dabei unterstützen. Wenn Vorfälle grundsätzlich gemeldet werden, können mehr Vorfälle geahndet werden, und es entsteht ein besseres Bild davon, wo es zu Antisemitismus kommt und welche Ursachen er hat.

In diesem Rahmen werden folgende Schritte unternommen:

### *Sicherheitsfonds*

Infolge des zugenommenen Antisemitismus in den Niederlanden ergreifen jüdische Schulen, Einrichtungen und Veranstalter selbst Maßnahmen, um die Sicherheit zu gewährleisten bzw. Ängste auszuräumen. Auch wenn dies im Sinne der Aufteilung der Zuständigkeiten in puncto Sicherheit ist, können die damit einhergehenden Kosten die jüdische Gemeinschaft unverhältnismäßig stark belasten. **Das Ministerium für Justiz und Sicherheit beabsichtigt die Einrichtung eines Fonds und prüft, wie ein solcher Fonds jüdische Schulen, Einrichtungen und Veranstalter bei der Ergreifung von Sicherheitsmaßnahmen finanziell unterstützen kann. Hierfür hat die Regierung Mittel in Höhe von 1,3 Millionen Euro reserviert.** Mit der Einrichtung des Sicherheitsfonds wird der Antrag des Abgeordneten Jetten c.s.<sup>7</sup> aufgegriffen, mit dem die Regierung

ersucht wird, die Kosten, die der jüdischen Gemeinschaft im Rahmen der Sicherung von Einrichtungen und Objekten entstehen, zu übernehmen. Das Abgeordnetenhaus wird hierüber schnellstmöglich informiert.

### *Zentrale Anlaufstelle für Opfer, zentrale Organisation*

Antisemitische Vorfälle kann man bei verschiedenen Stellen melden: den kommunalen Antidiskriminierungsstellen (ADVs/*Discriminatie.nl*), der Polizei, dem Portal »Meld.Online Discriminatie«, dem »College voor de Rechten van de Mens« (Menschenrechtskollegium), dem Nationalen Ombudsmann und dem Kinderombudsmann.

Darüber hinaus gibt es auch in der Zivilgesellschaft verschiedene Möglichkeiten, so kann man beispielsweise beim CIDI eine Meldung machen.

**Die Regierung will erreichen, dass sich Opfer von Antisemitismus vertrauensvoll an die geplante Zentralstelle der kommunalen Antidiskriminierungsstellen (ADVs) wenden können und dort die entsprechende Unterstützung erhalten.**

Es ist wichtig, dass es für Opfer eine zentrale Anlaufstelle gibt. Dieses Angebot muss sichtbar und niedrigschwellig sein. Zurzeit wird das bestehende Netz der kommunalen ADVs neu organisiert. Seit dem 1. Januar 2024 sind alle ADVs unter dem gleichen Namen zu finden, nämlich *Discriminatie.nl*. Das Ministerium für Inneres und Königsbeziehungen erarbeitet aktuell ein Leitlinienpapier zu der Frage, wie die geplante zentrale Anlaufstelle der ADVs organisiert werden könnte. Zu diesem Zweck wurden im Rahmen von Arbeitskonferenzen bei *Discriminatie.nl*, dem Verband Niederländischer Gemeinden (VNG) und anderen Akteuren mit Praxiserfahrung

---

<sup>7</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2024-2025, 36651, Nr. 15.

Anregungen und Ideen eingeholt. **Hierfür wird 2024 ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet. Die Innenministerin wird das Leitlinienpapier ebenfalls noch in diesem Jahr dem Abgeordnetenhaus übermitteln.** Die Regierung unterstützt die von den ADVs ergriffenen Optimierungsmaßnahmen und ist bestrebt, gemeinsam mit den ADVs und der nationalen Dachorganisation Discriminatie.nl Opfern ein umfassendes Paket angemessener Unterstützung zu bieten, damit die Opfer das nötige Vertrauen haben, Vorfälle zu melden.

Zahlreiche Opfer von Antisemitismus melden Vorfälle aktuell beim CIDI, nicht bei einer ADV. **Die Innenministerin sucht das Gespräch mit dem CIDI und den ADVs, um gemeinsam ein Protokoll zu erarbeiten. Darin sollen Vereinbarungen zwischen dem CIDI und den ADVs über die Weiterleitung von Opfern an die ADVs<sup>8</sup> und die »reibunglose« Übernahme niedergelegt werden.**

Darüber hinaus gewährleistet das CIDI die Aufklärung in den jüdischen Gemeinden über die von den ADVs gebotene Unterstützung.

Discriminatie.nl wird außerdem die Weiterleitung in Fällen übernehmen, in denen Opfer eine Nachbetreuung benötigen. Das Innenministerium prüft derzeit, wie diese Nachbetreuung konkret aussehen könnte; das Angebot soll ab 2026 in Anspruch genommen werden können. Dabei will man sich die Erfahrungen zunutze machen, die man in Deutschland mit der Nachbetreuung von Diskriminierungsopfern gesammelt hat. Wie die Nachbetreuung genau aussehen soll, wird in enger Zusammenarbeit unter anderem mit der Stiftung für jüdische Sozialarbeit (Joods Maatschappelijk Werk) und mit der Opferhilfe (Slachtofferhulp Nederland) abgestimmt.

**Darüber hinaus stellt das Innenministerium ab 2024 zusätzliche Mittel (in Höhe von 2,5 Millionen Euro jährlich) bereit, um Gemeinden in die Lage zu versetzen, auf lokaler Ebene – auf Wunsch in Zusammenarbeit mit den ADVs – mehr für die Prävention von Diskriminierung zu tun.<sup>9</sup>**

**Das Ministerium für Justiz und Sicherheit führt in Abstimmung mit dem Ministerium für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport und dem NCAB Gespräche mit der Organisation für jüdische Sozialarbeit über ein mögliches Projekt für eine gezieltere Unterstützung von Antisemitismus-Opfern (Nachbetreuung). Zu diesem Zweck stellt die Regierung jährlich 300.000 Euro bereit.** Mit diesen Mitteln wird zum Teil dem Antrag des Abgeordneten Jetten c.s.<sup>10</sup> entsprochen, in dem die Regierung aufgefordert wird, Alternativen zu suchen, damit die Einsparungen bei der Stiftung für jüdische Sozialarbeit (Stichting Joods Maatschappelijk Werk) zurückgenommen werden können.

Opfer von Antisemitismus müssen sich verstanden fühlen. Deswegen ist es wichtig, dass ihre Ansprechpartner über Antisemitismus und dessen Auswirkungen auf das Opfer Bescheid wissen, unterschiedliche Formen von Antisemitismus erkennen können und wissen, wie man jüdischen Opfern am besten gegenübertritt. Das Innenministerium unterstützt Discriminatie.nl beim Aufbau einer Akademie für Antidiskriminierungsstellen. **In dieser Akademie werden auch Fortbildungen zum Thema Antisemitismus für ADV-Mitarbeiter angeboten werden.** Der NCAB wird hier beratend in Erscheinung treten.

*Strukturelle Finanzierung des Kompetenzzentrums für den Kampf gegen Diskriminierung*  
Im Rahmen der Umsetzung des Antrags des Abgeordneten Paternotte<sup>11</sup> hat die Polizei ein

---

<sup>8</sup> Networks Overcoming Antisemitism (Netzwerke zur Überwindung des Antisemitismus), S. 22.

<sup>9</sup> Meicirculaire gemeentefonds (Mairundschreiben an die Gemeinden zur Finanzierung aus dem Gemeindefonds) 2024 | Circulaire | Rijksoverheid.nl, S. 31 und Anhang 3.2 auf S. 71.

<sup>10</sup> Parlamentsdruksachen II, 2024-2025, 36651, Nr. 15.

<sup>11</sup> Parlamentsdruksachen II, 2019-2020, 35164, Nr. 9.



Pilotprojekt durchgeführt, in dem landesweit Fachwissen zur Unterstützung der Polizei bei der (strafrechtlichen) Verfolgung von Diskriminierung in der Gesellschaft entwickelt wurde. Dabei wurden auch sogenannte Diskriminierungsermittler eingesetzt. **Die Regierung wird das »Kompetenzzentrum für den Kampf gegen Diskriminierung – Polizei« (Expertisecentrum aanpak discriminatie – Politie/ECAD-P) strukturell finanzieren, um die Maßnahmen der Polizei in diesem Bereich zu verstärken.** Zu diesem Zweck werden die Kapazitäten des Kompetenzzentrums dauerhaft gesichert und erweitert. Wie das Zentrum künftig genau aussehen soll, wird in Kürze im Rahmen von Gesprächen zwischen der Polizei und dem Justizministerium erörtert. Aus Sicht der Polizei hat ein überregionales und koordiniert operierendes Kompetenzzentrum klaren Mehrwert für die lokalen Basisteams.

#### *Erkennen von antisemitischen Aspekten bei der Erstattung einer Anzeige bei der Polizei*

Wenn bei der Polizei Anzeige erstattet wird, wird der antisemitische Aspekt eines Sachverhalts nicht immer erkannt. Es kann auch vorkommen, dass Opfer und Zeugen auf den antisemitischen Aspekt der Straftat hinweisen, dies aber nicht als eigener Aspekt in die Anzeige aufgenommen wird. Wenn Anzeige erstattet wird, muss die Polizei den antisemitischen Aspekt einer Straftat erkennen und auch registrieren; dies geschieht noch nicht in hinreichendem Maße. Das ECAD-P befasst sich auf der Grundlage der Anzeige mit der Frage, ob hier diskriminierende Aspekte vorliegen. Das ist wichtig, wenn es darum geht, einen Überblick über die Fälle mit antisemitischem Aspekt zu erhalten. Im nächsten Schritt nimmt das Kompetenzzentrum Kontakt zu den lokalen Ermittlern auf. **Ziel der Regierung ist es, dass Polizeibeamte bei der Anzeigenaufnahme den antisemitischen Aspekt einer Straftat grundsätzlich selbst erkennen oder schnellstmöglich darauf hingewiesen werden.**

Innerhalb der Polizei gibt es das »Netzwerk für diverse Fachkompetenz«; hierzu zählt auch das »Jüdische Polizeinetzwerk«, das Kollegen in Fällen berät und unterstützt, in denen Judentum und Antisemitismus eine Rolle spielen. Außerdem fungiert das Netzwerk als Bindeglied zwischen der jüdischen Gemeinschaft und der Polizei. Im Schreiben des Ministers für Justiz und Sicherheit vom 14. November 2024 wurde mitgeteilt, dass für das ECAD-P und das Netzwerk für diverse Fachkompetenz (dem auch das Jüdische Polizeinetzwerk angehört) zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

**Im Frühjahr 2025 wird die Polizei Gespräche mit dem NCAB und gesellschaftlichen Organisationen über mögliche Maßnahmen führen, die bewirken sollen, dass Antisemitismus bei der Anzeigerstattung schneller erkannt wird.**

Bei diesem umfassenden Ansatz ist es außerdem wichtig, dass Opfer von Antisemitismus genügend Vertrauen haben, um Anzeige zu erstatten oder einen Vorfall zu melden, und dabei das Gefühl haben, dass man ihnen wirklich zuhört. **Der Minister für Justiz und Sicherheit ersucht das WODC zu untersuchen, auf welche Probleme Opfer von Antisemitismus stoßen, wenn sie den Vorfall melden oder anzeigen.** Diese Untersuchung wird 2025 anlaufen. Auf der Grundlage der Ergebnisse werden dann neue Maßnahmen entwickelt, die die Melde- und Anzeigebereitschaft erhöhen sollen. Wie weiter oben bereits erwähnt, ist es in diesem Zusammenhang eminent wichtig, dass eine Meldung oder Anzeige auch Folgen hat.

#### *Schnellverfahren*

Eine rasche Sanktionierung kann ein effektives Mittel im Kampf gegen Antisemitismus sein, wenn die Straftat bereits begangen wurde. Ein Schnellverfahren bietet sich in beweistechnisch einfachen Fällen an, in denen der Verdächtige auch in Untersuchungshaft genommen werden kann – etwa bei schweren Gewaltverbrechen, bei denen direkt hinreichende Beweise vorliegen. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn der Täter auf frischer Tat angetroffen worden ist. **Lassen sich Straftaten mit einem antisemitischen – also diskriminierenden – Aspekt im Zuge eines Schnellverfahrens ahnden, wird dies selbstverständlich gemacht.**

### *Erzieherische Verhaltensinterventionen bei Tätern*

**Wie in der Debatte vom 13. November 2024 zugesagt, sendet das Ministerium für Justiz und Sicherheit dem Abgeordnetenhaus Anfang 2025 ein Schreiben zu Verhaltensinterventionen der Straffälligenhilfe, die bei Antisemitismusfällen gerichtlich angeordnet werden können, sowie zur Möglichkeit der Gerichte, eine Auflage mit erzieherischer Komponente zu erteilen.** In diesem Schreiben wird auch auf den Antrag des Abgeordneten Bamenga<sup>12</sup> eingegangen, zu untersuchen, welche Hürden es bei der Verhängung erzieherischer Strafmaßnahmen gibt, sowie auf die Zusage des Ministerpräsidenten, die Frage zu beantworten, ob bei antisemitischen Delikten gegen junge Täter eine Lernstrafe verhängt werden kann, etwa in Form eines verpflichtenden Besuchs des ehemaligen Konzentrationslagers Westerbork oder Herzogenbusch.

### *Initiativgesetzentwurf zur Einführung eines Strafverschärfungsgrundes für Straftaten mit diskriminierendem, darunter antisemitischem, Aspekt*

Wer eine Straftat mit antisemitischem Charakter begeht, muss hart bestraft werden. **Die Regierung begrüßt es, dass die parlamentarische Beratung des Initiativgesetzentwurfs zur Einführung eines Strafverschärfungsgrundes für Straftaten mit diskriminierendem Aspekt begonnen hat, und sie unterstützt diesen Gesetzentwurf uneingeschränkt.** Im Zuge der weiteren parlamentarischen Beratung wird der Minister für Justiz und Sicherheit die Position der Regierung vortragen. Der Strafverschärfungsgrund gilt auch für allgemeine Delikte mit antisemitischem Charakter. Wird der Gesetzentwurf angenommen, wird auch das Höchstmaß für eine Freiheitsstrafe bei einer antisemitischen Straftat um ein Drittel erhöht.

### *Strafrechtliche Ahndung der Holocaustleugnung*

Darüber hinaus ist zum 1. Oktober 2024 das Gesetz in Kraft getreten, mit dem beleidigende Formen der Verharmlosung, Leugnung und schwerwiegenden Bagatellisierung internationaler Verbrechen – zu denen auch der Holocaust gehört – als spezifische Form der Kollektivbeleidigung (Artikel 137c Strafgesetzbuch) unter Strafe gestellt werden.

### *Orientierende Studie zur strafrechtlichen Ahndung von Antisemitismus in anderen Ländern*

**Aktuell wird, auch zwecks Ausführung des Antrags der Abgeordneten Bikker und Ellian<sup>13</sup>, eine orientierende Studie zur Beantwortung der Frage durchgeführt, wie antisemitische Verhaltensweisen in Belgien, Frankreich und Deutschland strafrechtlich geahndet werden.** Die Ergebnisse dieser Studie werden voraussichtlich Ende 2024 vorliegen. Im nächsten Schritt wird geprüft, wie sich die strafrechtliche Praxis in den Niederlanden zur Sanktionierung in den vorgenannten Ländern verhält. **Außerdem wird der Minister für Justiz und Sicherheit in Zusammenarbeit mit dem NCAB in der kommenden Zeit Gespräche mit seinen Amtskollegen aus Nachbarländern wie Deutschland und Österreich, über den Kampf gegen Antisemitismus führen. Die Regierung beabsichtigt, die Maßnahmen, die sich dort bewährt haben, im Rahmen des Möglichen zu übernehmen.**

### *Echtzeitnahes Dashboard für diskriminierende/antisemitische Vorfälle*

Die Regierung legt großen Wert darauf, dass es einen echtzeitnahen Überblick über antisemitische, rassistische und diskriminierende Vorfälle verfügbar ist. **Die Ministerin für Inneres und Königreichsbeziehungen und der Minister für Justiz und Sicherheit werden gemeinsam prüfen, ob die beteiligten Akteure Mitte 2025 landesweit ein Online-Dashboard in Gebrauch nehmen können, in dem Vorfälle nach Diskriminierungsgrund gegliedert registriert werden.** Auf diese Weise erhalten beispielsweise Gemeinden, Präventionsbeauftragte und Wissenschaftler ein klareres Bild von antisemitischen Vorfällen und Entwicklungen.

---

<sup>12</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2023-2024, 30950, Nr. 394.

<sup>13</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2023-2024, 30950, Nr. 379.

### *Einblicke in die Entwicklungen von Antisemitismus im Internet*

Wir brauchen ein umfassendes Bild davon, wie sich Antisemitismus in den Niederlanden manifestiert, um ihn effektiv bekämpfen zu können. Außerdem müssen wir mehr darüber wissen, wie sich niederländischsprachiger Antisemitismus im Internet in Erscheinung tritt. Dieses Wissen bildet dann die Grundlage für den Dialog mit Akteuren im Bereich der sozialen Medien. Um die Entwicklungen auf dem Gebiet von Antisemitismus im Internet und bei anderen Formen von Hass und Diskriminierung einschätzen zu können, bedarf es regelmäßiger Untersuchungen. **Der NCAB wird jedes Jahr eine Untersuchung zu niederländischsprachigem Antisemitismus im Internet durchführen lassen.**

### *Internationales Engagement im Kampf gegen Antisemitismus*

Die Niederlande setzen sich seit geraumer Zeit nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene dafür ein, Antisemitismus zu bekämpfen und jüdisches Leben zu fördern. Sie unterstreichen dieses Engagement in verschiedenen internationalen Foren, darunter die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA). **Angesichts der jüngsten gewalttätigen Ereignisse in Amsterdam haben die Niederlande im Rat Auswärtige Angelegenheiten vom 18. November 2024 die Bedeutung des Kampfes gegen Antisemitismus angesprochen und die EU-Außenminister dazu aufgefordert, ihre Netzwerke für ein gemeinsames Engagement in diesem Bereich zu nutzen.** Darüber hinaus gab es gesonderte Gespräche, an denen neben den Niederlanden auch Frankreich, Deutschland, Portugal, Polen, Schweden und die Koordinatorin der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus, Katharina von Schnurbein, teilnahmen. Außerdem haben sich die Niederlande in der EU für die Annahme der Erklärung des Rates der EU-Mitgliedstaaten zur Förderung jüdischen Lebens und Bekämpfung von Antisemitismus stark gemacht und leisten darüber hinaus einen Beitrag zum Follow-up des kürzlich erschienenen EU-Statusberichts, in dem die Wirksamkeit nationaler Strategien gegen Antisemitismus in den Mitgliedstaaten beurteilt wird. So nimmt etwa der NCAB an der EU-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Antisemitismus teil. Des Weiteren haben die Niederlande am 17. Juli 2024 gemeinsam mit 33 anderen Ländern die »Global Guidelines for Countering Antisemitism« unterzeichnet. Diese rechtlich nicht verbindlichen Richtlinien unterstützen Länder bei der weiteren Verbesserung ihrer Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus. Darüber hinaus hat der NCAB im Juni 2024 in Den Haag die erste europäische Konferenz über die strafrechtliche Ahndung von Antisemitismus veranstaltet, bei der Staatsanwälte aus 15 europäischen Ländern Erfahrungen und Lösungsansätze ausgetauscht haben. 2025 wird erneut eine solche Konferenz organisiert.

### *European Conference of Public Prosecution Services on Antisemitism*

Um den Austausch von Wissen und Erfahrungen zur strafrechtlichen Ahndung von Antisemitismus auf europäischer Ebene zu fördern, organisierte der NCAB am 4. und 5. Juni 2024 die erste europäische Antisemitismus-Konferenz für Strafverfolgungsbehörden (European Conference of Public Prosecution Services on Antisemitism/ECPPSA). Dort haben öffentliche Ankläger aus 15 europäischen Ländern Wissen auf dem Gebiet der Bekämpfung von Antisemitismus ausgetauscht. Wegen des Erfolgs der Konferenz wird der NCAB auch 2025 ein solches Treffen organisieren.

## Ziel: Freies und sicheres Jüdischsein in Schulen und Hochschulen

### *Die Herausforderung*

Allen Juden muss es möglich sein, ihre jüdische Identität und ihren Glauben in aller Freiheit zu leben und auszuüben, ohne in irgendeiner Form dabei eingeschränkt zu werden. Viele von ihnen, sowohl säkulare als auch religiöse Juden, fühlen sich jedoch nicht sicher. Viele Juden, die ihren Glauben und ihre Identität offen leben, sehen sich Bedrohungen, Aggression und sogar Gewalt ausgesetzt. In einer Erhebung gaben 70 % der befragten jüdischen Niederländer an, das Tragen von Symbolen, mit denen sie sich als Juden zu erkennen geben würden, in der Öffentlichkeit zu vermeiden.<sup>14</sup> Viele fühlen sich dazu genötigt, ihr Jüdischsein nur im Privaten zu leben.

Gerade in Schulen und an Universitäten sollten sich jüdische Schüler und Studenten sicher fühlen, wenn sie ihre jüdische Identität zum Ausdruck bringen wollen. Viele jüdische Schüler und Studenten trauen sich nicht oder nicht mehr, sich in der Schule oder Universität als Juden zu erkennen zu geben. Sie werden auf den Konflikt im Nahen Osten angesprochen oder müssen sich für ihr Jüdischsein rechtfertigen. Außerdem werden sie mit antisemitischen Stereotypen und Verschwörungstheorien konfrontiert. Hierdurch werden die Schüler und Studenten nicht nur in ihrer Freiheit beeinträchtigt, jüdisch zu sein, sondern auch darin, frei, sicher und ohne Androhung von (physischer) Gewalt zu lernen.

### *Das Ziel*

Ziel der Regierung ist es, dass jeder seine Religion in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen kann, ohne sich dabei unsicher zu fühlen. Sie möchte, dass die Niederlande ein inklusives Land sind, in dem die Menschen Rücksicht aufeinander nehmen und die Ausübung unterschiedlicher Religionen und Kulturen respektieren. Juden, die ihr Jüdischsein leben wollen, müssen uneingeschränkt am öffentlichen Leben teilhaben können. Und gerade an Schulen und Universitäten muss ein inklusives und sicheres Umfeld gegeben sein. Für die Regierung ist es völlig inakzeptabel, dass jüdische Schüler, Studierende und Beschäftigte ihre jüdische Identität aus Furcht verbergen, oder Angst davor haben, zur Schule, Universität oder Arbeit zu gehen. Die Gewährleistung physischer und sozialer Sicherheit für jüdische Schüler und Studenten ist von größter Bedeutung. Auch in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss es möglich sein, seine Identität zum Ausdruck zu bringen.

Zur Erreichung des vorstehend beschriebenen Ziels werden wir die folgenden Schritte unternehmen:

### **Aktivitäten an Grund- und weiterführenden Schulen**

#### *Gesetzentwurf für ein freies und sicheres Bildungswesen*

Mit dem Entwurf des Gesetzes für ein freies und sicheres Bildungswesen, das voraussichtlich am 1. August 2026 in Kraft treten wird, sollen Schulen des Primar- und Sekundarbereichs ein klareres Bild der Sicherheitslage in ihrer Einrichtung erhalten. Außerdem wird eine obligatorische Registrierung sicherheitsrelevanter Vorfälle (u. a. Diskriminierung) eingeführt und Schulen werden dazu verpflichtet, ihre Sicherheitsmaßnahmen jährlich zu evaluieren.

#### *Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Sicherheit*

Die Staatssekretärin für Grund- und weiterführende Schulen und Emanzipation weist Schulen

---

<sup>14</sup> Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus – Zweite Erhebung zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Jüdinnen und Juden in der EU. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte. März 2019, S. 17. Siehe: <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/experiences-and-perceptions-antisemitism-second-survey-discrimination-and-hate>.

aktiv auf ihre gesetzlich verankerte Sorgfaltspflicht auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit hin und legt Leitlinien vor, die die Schulen bei der Erfüllung dieser Sorgfaltspflicht unterstützen sollen. Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft steht in engem Kontakt mit der Aufsichtsbehörde für das Bildungswesen, Branchenbeiräten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Kompetenzeinheit für soziale Stabilität. In diesem Rahmen werden Anzeichen für Sicherheitsrisiken, soziale Spannungen und Polarisierung ausgetauscht und auch mit dem NCAB geteilt.

**Im Mai 2024 hat das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft gemeinsam mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Leitfaden zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen veröffentlicht.** Er hilft Schulen und Dozenten dabei, antisemitische Vorfälle zu erkennen, damit umzugehen und sie zu melden. Außerdem enthält er einen Verweis auf das Angebot an Lehrmitteln und Kursen für Fachkräfte, die ein angemessenes Handeln bei antisemitischen Vorfällen ermöglichen sollen.<sup>15</sup> Der Leitfaden wurde unmittelbar nach den Ereignissen vom 7. und 8. November 2024 erneut in Bildungseinrichtungen verteilt.

**Das Bildungsministerium wird Bildungseinrichtungen auch weiterhin auf Lehrmittel und Kurse aufmerksam machen, die das Erkennen von Antisemitismus und anderer Formen von Diskriminierung und angemessenes Eingreifen zum Thema haben.** Dazu nutzt es beispielsweise Newsletter oder Kampagnen bzw. die Kompetenzstelle Bürgerbildung oder die Stiftung Schule und Sicherheit.

#### **Aktivitäten an weiterführenden Schulen und Hochschulen**

*Mehr soziale Sicherheit in berufsbildenden Schulen, Fachhochschulen und in der Wissenschaft*  
Der Bildungsminister setzt sich im Bereich der berufsbildenden Schulen, Fachhochschulen und Universitäten dafür ein, die soziale Sicherheit für alle zu verstärken, die dort lernen, studieren oder arbeiten. In einem sozial sicheren Lern- und Arbeitsumfeld hat Antisemitismus keinen Platz. **Im Hochschulbereich macht sich der Minister für ein integriertes Konzept für soziale Sicherheit stark.** Ein Bestandteil dieses Konzepts ist die gesetzliche Verankerung einer Sorgfaltspflicht für soziale Sicherheit in berufsbildenden Schulen, Fachhochschulen und Universitäten.<sup>16</sup> Bei der Umsetzung dieses integrierten Konzepts und der Ausgestaltung der Sorgfaltspflicht wird auch auf Antisemitismus als eine Form der sozialen Unsicherheit eingegangen.

**Fachhochschulen und Universitäten erarbeiten gemäß den in der »Verwaltungsvereinbarung Hochschulbildung und Wissenschaft 2022« getroffenen Absprachen ein Monitoring zur sozialen Sicherheit.** Der Bildungsminister wird in den Gesprächen mit der Vereinigung der Fachhochschulen VH und dem Interessenverband niederländischer Universitäten UNL über dieses Monitoring auch über die Möglichkeiten sprechen, dabei auch das Sicherheitsempfinden von jüdischen Studierenden und Beschäftigten in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus soll auch für die berufsbildenden Schulen eruiert werden, wie bei der Weiterentwicklung des Monitorings zur allgemeinen Sicherheit an berufsbildenden Schulen der Zusammenhang zwischen empfundener sozialer Sicherheit und Antisemitismus einbezogen werden kann.

#### *Erhöhung der Meldebereitschaft und Verbesserung der Infrastruktur*

Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft **untersucht im Rahmen des integrierten Konzepts für soziale Sicherheit, wie sich Verbesserungen bei den Beschwerde- und Meldestellen im Hochschulbereich erzielen lassen. Dabei wird auch die Handlungsperspektive**

<sup>15</sup> <https://www.nieuwsbrievenminocw.nl/actueel/nieuws/2024/05/23/handreiking-omgaan-met-antisemitische-incidenten-op-scholen-gepubliceerd#:~:text=De%20handreiking%20biedt%20scholen%20informatie,raadplegen%20voor%20ondersteuning%20en%20advies.>

<sup>16</sup> Parlementsdrucksachen II, 2022-2023, 29240, Nr. 131.

**im Umgang mit Beschwerden und Meldungen von Antisemitismus geprüft**, etwa bei der Weiterleitung an die Justiz. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden voraussichtlich im Frühjahr 2025 vorliegen.

**Überdies werden Gespräche mit Vertrauenspersonen und sonstigen Funktionsträgern im Bereich soziale Sicherheit darüber geführt, was sie für das Erkennen von Antisemitismus und den Umgang damit benötigen. Für Vertrauenspersonen im Hochschulwesen wird ein Leitfaden zu diesem Thema entwickelt.** Auf der Grundlage dieser Gespräche wird geprüft, welche Folgemaßnahmen mit den Organisationen VH und UNL ergriffen werden können, etwa die Entwicklung und Organisation von Schulungen und Workshops.

**Speziell im Zusammenhang mit Demonstrationen in Bildungseinrichtungen weist der Bildungsminister die Verantwortlichen darauf hin, dass es wichtig ist, bei antisemitischen Vorfällen sofort Anzeige zu erstatten und Maßnahmen innerhalb der Einrichtung zu ergreifen, wenn gegen die Hausregeln verstoßen wird.**

#### *Inklusion gewährleisten und fördern*

Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft unterstützt Einrichtungen des Hochschulwesens bei der Umsetzung des nationalen Rahmens für das Wohlergehen von Studierenden 2023–2030<sup>17</sup>. Damit setzt die Regierung Anreize für Bildungseinrichtungen, inklusive Dienstleistungen anzubieten und inklusive Strategien zu verfolgen, bei denen auch Schüler und Studierende berücksichtigt werden, die ihre Religion und ihre Identität zum Ausdruck bringen wollen und ihren Glauben auf andere Art und Weise ausüben (z. B. in Gebetsräumen). Auch im Rahmen einer Zielsetzung der Arbeitsagenda für den berufsbildenden Unterricht werden Berufsschulen dabei unterstützt, das Wohlergehen der Auszubildenden zu verbessern und mehr Inklusion zu realisieren.

Zur Bekämpfung von Polarisierung und Diskriminierung in Klassen und Hörsälen werden Dozenten an berufsbildenden Schulen, Fachhochschulen und Universitäten dabei unterstützt, im Zusammenhang mit disruptiven Ereignissen in der Gesellschaft (z. B. dem Konflikt im Nahen Osten) eine Lerngemeinschaft zu thematisieren und zu fördern. Zu diesem Zweck gewährt das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft 2024 Zuschüsse für die Projektplattform TerInfo des Lehrstuhls von Beatrice de Graaf an der Universität Utrecht, die hierauf ausgerichtet ist. Darüber hinaus bietet die Stiftung Schule und Sicherheit Unterstützung für Dozenten in berufsbildenden Schulen, im Praxisunterricht und in der Erwachsenenbildung, wenn es um das Führen schwieriger Gespräche geht.

#### *Regelmäßige Beratungen des Bildungsministers mit dem NCAB*

**Der Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft wird regelmäßige Beratungen mit dem NCAB führen, um die Entwicklungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit jüdischer Studierender und die Fortschritte und Ergebnisse seiner Politik zu besprechen.**

---

<sup>17</sup> [https://ecio.nl/wp-content/uploads/sites/2/2023/08/ECIO\\_112\\_Landelijk\\_Kader\\_Studentenwelzijn\\_2023-2030\\_tg\\_2023.pdf](https://ecio.nl/wp-content/uploads/sites/2/2023/08/ECIO_112_Landelijk_Kader_Studentenwelzijn_2023-2030_tg_2023.pdf).

## 2. Säule: Bildung und Prävention

### Ziel: Entziehung des Nährbodens für Antisemitismus

#### *Die Herausforderung*

Über viele Jahrzehnte hat sich der Antisemitismus kontinuierlich verändert, und es sind immer wieder neue Formen entstanden. Im Laufe der Zeit erhielt er durch Mythen über jüdische Allmacht und Verschwörungen immer wieder neue Nahrung.<sup>18</sup> Diese Fabeln handeln häufig vom unsichtbaren Einfluss auf Medien, Finanzmärkte oder die Politik. Ereignisse des Weltgeschehens und in unserer niederländischen Gesellschaft (wie etwa Rezessionen, die Corona-Pandemie und der Nahost-Konflikt) bringen schnell neue Formen des Antisemitismus hervor oder sorgen für die Wiederbelebung bestehender Klischees und antisemitischer Verschwörungstheorien. Studien haben ergeben, dass Verschwörungstheorien unter anderem über Juden entsprechende Vorurteile fördern.<sup>19</sup> Verschwörungstheorien sind eine spezifische Form der Des- und Falschinformation, bei der jemand die Überzeugung vertritt, dass bestimmte Ereignisse insgeheim von mächtigen Gruppen mit bösen Absichten manipuliert wurden.<sup>20</sup> Das Innenministerium hat 2023 einen Quicksan auf kommunaler Ebene zur Art und zu den Auswirkungen von Desinformationen durchgeführt.<sup>21</sup> Aus dieser Untersuchung geht hervor, dass irreführende Informationen in Form von Desinformation, Falschinformation und Verschwörungstheorien für Kommunen ein immer virulenteres Problem sind.

Antisemitische Verschwörungstheorien verbreiten sich schnell und einfach – früher vor allem von Mund zu Mund, heutzutage maßgeblich auch über das Internet und die sozialen Medien. Insbesondere in den sozialen Medien finden sich sehr viele antisemitische Äußerungen. 2022 wurden erstmals Art und Umfang von niederländischsprachigem Antisemitismus im Internet untersucht. Die Utrecht Data School, die diese Untersuchung durchführte, fand insgesamt 200.395 antisemitische Äußerungen im Netz; das entspricht mehr als 11 % aller Äußerungen mit Bezug zum Judentum.<sup>22</sup>

#### *Das Ziel*

Im Bestreben, Antisemitismus den Nährboden zu entziehen, setzt die Regierung auf Instrumente, die Jugendliche und Erwachsene weniger empfänglich für Antisemitismus machen, und die eine Veränderung in der Haltung und dem Verhalten von Niederländern, die sich antisemitisch äußern, herbeiführen können.

Zur Erreichung dieses Ziels werden wir die folgenden Schritte unternehmen:

#### *Wissen über jüdisches Leben und die jüdische Geschichte*

**An Grund- und weiterführenden Schulen wird das jüdische Leben und die jüdische Geschichte auf verschiedene Arten behandelt.** Schulen sind verpflichtet, im Rahmen des Wissensgebiets »geistige Strömungen« gezielt auf das Judentum einzugehen. Im Lehrplan ist festgeschrieben, dass den Schülern Wissen über Feiertage, Geschichten und Bräuche des Judentums und der vier anderen

---

<sup>18</sup> Antisemitische en antimuslimracistische complottheorieën (Antisemitische und antimuslimisch-rassistische Verschwörungstheorien), 2022. Kennisplatform inclusief Samenleven (Wissensplattform für inklusives Zusammenleben).

<sup>19</sup> Jolley, Meleady und Douglas (2020).

<sup>20</sup> Quicksan lokale misleidende informatie (kommunaler Quicksan zu irreführenden Informationen). (2023). I&O Research im Auftrag des Innenministeriums.

<sup>21</sup> Parlamentsdruksachen II, 2022-2023, 30821, Nr. 197.

<sup>22</sup> [https://dataschool.nl/wp-content/uploads/sites/272/2022/05/Utrecht-Data-School\\_Online-antisemitisme- in-2020.pdf](https://dataschool.nl/wp-content/uploads/sites/272/2022/05/Utrecht-Data-School_Online-antisemitisme- in-2020.pdf).

Weltreligionen zu vermitteln ist. In Grund- und weiterführenden Schulen muss der Holocaust im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg und in Relation zur Vorgeschichte und zu aktuellen Entwicklungen behandelt werden. Im Kampf gegen Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung spielt die Bürgerbildung eine wichtige Rolle. Die Schulen sind gesetzlich dazu verpflichtet, den Schülern Wissen über die Grundwerte des demokratischen Rechtsstaats und Respekt vor diesen Grundwerten zu vermitteln. Dazu zählen auch gegenseitiges Verständnis und Wissen über die Kultur und Religion des anderen. Die Aufsichtsbehörde für das Bildungswesen kontrolliert, ob der Unterricht und die Schulkultur im Widerspruch zu diesen Grundwerten stehen. 2024 wird voraussichtlich ein Gesetzentwurf beraten, in dem eine vergleichbarer Bürgerbildungsauftrag für berufsbildende Schulen geregelt wird.

#### *Unterstützung von Lehrkräften bei der Umsetzung der Bürgerbildung*

Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft hält für Lehrer des Praxisunterrichts, der Erwachsenenbildung und des berufsbildenden Unterrichts Leitfäden für die Behandlung gesellschaftlich sensibler Themen bereit. Die Kompetenzstelle Bürgerbildung (Expertisepunt BURGERSCHAP) bietet im Internet verfügbares Lehrmaterial an; darüber hinaus gibt es Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer zur Vorbereitung von Diskussionen über sensible gesellschaftliche Themen (Scholingsaanbod Schurende Gesprekken). Mit den Mitteln, die aufgrund des Änderungsantrags des Abgeordneten Ceder zur Verfügung stehen, wird hier Anfang 2025 ein Impuls gesetzt, damit Gespräche zwischen und mit Schülern bzw. Studierenden auf sichere und respektvolle Art und Weise stattfinden.<sup>23</sup>

**Diese Art von Unterstützung gibt es auch für Dozenten an Fachhochschulen und Universitäten. Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft finanziert 2024 die Projektplattform TerInfo des Lehrstuhls von Beatrice de Graaf an der Universität Utrecht, deren Ziel es ist, disruptive Ereignisse in der Gesellschaft zu thematisieren und eine entsprechende Lerngemeinschaft zu fördern.** Das hier entwickelte Material wird allen Lehrkräften im Hochschuldienst über die Website <https://ter-info.nl> kostenlos zur Verfügung gestellt.

#### *Nationaler Plan zur Stärkung der Holocaust-Bildung*

Die Holocaust-Bildung – das Studium der systematischen Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen Juden, Sinti und Roma durch Nazi-Deutschland und seine Kollaborateure – fördert das Wissen über den Holocaust und macht den Menschen die Folgen von Vorurteilen und Antisemitismus bewusst.<sup>24</sup> **Am 24. Juni 2024 übersandten die Ministerien für Bildung, Kultur und Wissenschaft, für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport sowie für Soziales und Arbeit gemeinsam mit dem NCAB dem Abgeordnetenhaus den Nationalen Plan zur Stärkung der Holocaust-Bildung.**<sup>25</sup> Aktuelle Studien haben ergeben, dass das Wissen über den Holocaust bei Niederländern auf ein besorgniserregend niedriges Niveau gesunken ist.<sup>26</sup> Darum muss die Bildungsarbeit zum Thema Holocaust für Kinder wie auch Erwachsene intensiviert werden. Das Kernziel des Plans besteht darin, Niederländern mehr Wissen über den Holocaust sowie dessen nationalen und internationalen Kontext zu vermitteln. Hierfür wurden drei Ziele für die Bereiche 1) Bildung, 2) Gedenken und 3) Öffentlichkeit formuliert.

---

<sup>23</sup> Parlamentsdruksachen II, 2023-2024, 36410-VIII, Nr. 197.

<sup>24</sup> Van der Hulst, A. (26. September 2023). »Goed onderwijs over de Holocaust is belangrijker dan ooit« (Guter Unterricht über den Holocaust ist wichtiger denn je). VOX – Vox-Magazin ([voxweb.nl](http://voxweb.nl)).

<sup>25</sup> <https://open.overheid.nl/documenten/5b255efe-c586-479b-849f-342282ef8c3a/file>.

<sup>26</sup> Siehe unter anderem Dr. M.L.F. van Berkel, »De oorlog in de klas; Lesgeven over de Tweede Wereldoorlog en de Holocaust in het voortgezet onderwijs« (Der Krieg in der Schule; Der Zweite Weltkrieg und der Holocaust im Sekundarschulunterricht), HAN\_University of Applied Sciences, Oktober 2021, und »Antisemitisme in het voortgezet onderwijs; Een survey-onderzoek voor de Anne Frank Stichting« (Antisemitismus im Sekundarschulunterricht; Eine Umfrage für die Anne-Frank-Stiftung), Panteia, Januar 2023.



Die Umsetzung des Plans hat mittlerweile begonnen. Im kommenden Jahr wird eine Umfrage unter Schulleitern und Lehrkräften durchgeführt mit dem Ziel, einen besseren Einblick in hinderliche und förderliche Faktoren beim Unterricht über das Thema Holocaust zu erhalten. **Darüber hinaus wird untersucht, welche Kosten entstehen, wenn die Besuche historischer Stätten für Schulen kostenlos werden, und wie sich solche Besuche auswirken.** Diese Untersuchung wird voraussichtlich im Frühjahr 2025 abgeschlossen.

Angestrebt wird, die Bildungsfunktion von Gedenkstätten, des Nationalen Holocaustmuseums und der Anne-Frank-Stiftung dauerhaft zu verstärken. Damit wird der Antrag der Abgeordneten Bikker aufgegriffen<sup>27</sup>, in dem darum ersucht wird, zusätzliche Mittel für Gedenkstätten bereitzustellen. Außerdem wird ein Monitoring vorbereitet, bei dem einerseits die Reichweite der breiten Palette an Gedenkstätten und -veranstaltungen ermittelt und andererseits eine Analyse der Wirkung des derzeit in diesem Bereich angebotenen Lehrmaterials durchgeführt werden soll. **Im Laufe des Jahres 2025 wird voraussichtlich eine auf vier Jahre angelegte Förderregelung für Holocaust-Bildung und vergessene Geschichten aus dem Zweiten Weltkrieg in Kraft treten.** Im Januar 2025 beginnt eine Kampagne zur Vermittlung von Wissen über den Holocaust, und im Frühjahr wird die zweite Arbeitskonferenz zur Holocaust-Bildung organisiert. Im Herbst 2025 wird das Abgeordnetenhaus über den Fortgang bei der Umsetzung des Nationalen Plans zur Stärkung der Holocaust-Bildung informiert.

#### *Lokale Beratungsstellen für Schulen*

In Amsterdam wurde am 3. Juli 2024 auf Empfehlung des NCAB die Beratungsstelle für Holocaust-Bildung und Antisemitismus (Steunpunt Holocausteducatie en Antisemitisme) eingerichtet. Die Beratungsstelle unterstützt Lehrkräfte in Amsterdam und stellt Schulen Lehrmaterialien und Sachkenntnis zum Thema Holocaust zur Verfügung. **Auch andere Gemeinden haben Interesse an einer solchen Beratungsstelle bekundet; aktuell wird geprüft, inwieweit dem nachgekommen werden kann.**

#### *Holocaust-Forschung*

Die Holocaust-Forschung in Europa ist organisatorisch zersplittert. Aus diesem Grund werden verschiedene Forschungsinstitute 2025 die European Holocaust Research Infrastructure (EHRI) gründen, die dafür sorgen soll, dass Quellen zum Holocaust aus vielen europäischen Ländern (zum Teil erstmalig) übergreifend digital und physisch zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise erhalten Forscher leichter Zugang zu relevanten Quellen, und aus nationalen Forschungsvorhaben entsteht ein internationaler Ansatz für die Holocaust-Forschung, der neue Erkenntnisse über die gemeinsame Geschichte hervorbringt. **Angesichts der wichtigen internationalen Rolle des Instituts für Kriegs-, Holocaust- und Genozidstudien (NIOD) und anderer Wissenschaftler auf dem Gebiet der Holocaust-Forschung wird der Hauptsitz des Forschungszentrums in den Niederlanden angesiedelt.** Die Regierung setzt sich für die Anerkennung der EHRI als Forschungsinfrastruktur durch die Europäische Kommission ein.

#### *Integration*

**Um die Kenntnisse von Integrationskursteilnehmern über den Holocaust zu verbessern, wurden kürzlich die Prüfungsvorgaben für den Bereich »Wissen über die niederländische Gesellschaft« geändert.** In die neuformulierten Vorgaben wurde explizit aufgenommen, dass die Themen Verurteilung von Antisemitismus, Holocaust und die Geschichte der Niederlande im Zweiten Weltkrieg behandelt werden müssen. Die Kursteilnehmer werden im Integrationstest zu diesen Themen geprüft, der Holocaust wurde als neues Prüfungsthema hinzugefügt. Die Verschärfung der Prüfungsvorgaben steht im Einklang mit dem Vorhaben im

---

<sup>27</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2024-2025, 36651, Nr. 14.

Regierungsprogramm, das Wissen über den Holocaust bei Integrationskursteilnehmern zu vertiefen. Die neuen Vorgaben treten am 1. Juli 2025 in Kraft, damit für Verlage genügend Zeit ist, das Lehrmaterial anzupassen, und die Prüfungsaufgaben neu formuliert werden können. Neben dem Erwerb theoretischer Kenntnisse im Zuge der Prüfungsvorbereitung kann der Besuch einer historischen Stätte oder Gedenkstätte das Bewusstsein für die Schrecken des Holocausts weiter schärfen. **Im Zuge der vorgenannten Sondierung (im Rahmen des Nationalen Plans zur Stärkung der Holocaust-Bildung) zu den Kosten eines Besuchs historischer Stätten<sup>28</sup> werden auch die Finanzierung und die Umsetzung des Antrags des Abgeordneten van Dijk c.s.<sup>29</sup> in Bezug auf Besuche solcher Stätten als Teil des Integrationsprozesses wohlwollend geprüft.**

#### *Bekämpfung von Falschinformationen und Verschwörungstheorien*

Studien der Wissensplattform für inklusives Zusammenleben<sup>30</sup> haben ergeben, dass Jugendliche weniger anfällig für Verschwörungstheorien sind, wenn sie lernen, Verschwörungstheorien als solche zu erkennen. Es gibt verschiedene Instrumente zur Erkennung von Verschwörungstheorien. So hat beispielsweise die Zentrale Beratungsstelle für von Extremismus Betroffene (Landelijk Steunpunt Extremisme) einen einschlägigen Leitfaden entwickelt. Das Innenministerium wird 2024 den Leitfaden für nachgeordnete Gebietskörperschaften zum Umgang mit Falschinformationen überarbeiten und bei den Gemeinden umfassend bekanntmachen.

Darüber hinaus hat die vorige Regierung 2022 eine nationale Strategie zur effektiven Bekämpfung von Falschinformationen veröffentlicht<sup>31</sup>; am 17. Juni 2024 informierten der damalige Innenminister und seine damalige Staatssekretärin das Abgeordnetenhaus über den Fortgang in dieser Sache.<sup>32</sup> Im entsprechenden Schreiben ging es auch um neue Maßnahmen, z. B. zur Stärkung der Resilienz der Bürger. In diesem Zusammenhang stellt das Innenministerium zusätzliche Mittel für das BENEDMO-Konsortium bereit, beispielsweise zur Stärkung des Faktenchecker-Netzwerks in den Niederlanden. Außerdem verstärkt die Regierung ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Medienkompetenz der Bürger.

#### *Symboldatenbank*

Der Nationale Koordinator für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit (NCTV) und die Polizei haben gemeinsam eine Symboldatenbank entwickelt, die Informationen über rechtsextremistische Symbole für Praktiker enthält. Auch antisemitische Symbole und Darstellungen sind darin zu finden. Die Datenbank richtet sich an verschiedene Zielgruppen wie Mitarbeiter der Polizei, Kommunalbeamte oder Jugendsozialarbeiter, die in ihrem Arbeitsalltag mit Symbolen aus extremistischen Kreisen konfrontiert werden können. Sie soll dabei helfen, derartige Symbole oder Darstellungen zu erkennen, damit ggf. im Einklang mit internen Vorgaben und Verfahren gehandelt werden kann. Von den Praktikern wird erwartet, dass sie mit Hilfe der Datenbank ein Symbol in einer bestimmten Situation richtig einordnen können.

#### *Projektbezogene Kooperation zu Antisemitismus*

**Auf EU-Ebene befassen sich Mitgliedstaaten, darunter auch die Niederlande, mit möglichen Schnittstellen zwischen Antisemitismus einerseits und Terrorismus, gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung andererseits. In dieses Projekt sind das Ministerium für Justiz und Sicherheit und der NCAB eingebunden.** 2024 wurde unter der Leitung von Deutschland und Österreich eine projektbezogene Kooperation (PBC) zu Antisemitismus ins Leben gerufen. Grund

---

<sup>28</sup> Auch zwecks Umsetzung des Antrags des Abgeordneten Diederik van Dijk c.s., Parlamentsdrucksachen II, 2023-2024, 36272, Nr. 16.

<sup>29</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2023-2024, 36272, Nr. 16.

<sup>30</sup> Antisemitische en antimuslimracistische complottheorieën (Antisemitische und antimuslimisch-rassistische Verschwörungstheorien). KIS.

<sup>31</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2022–2023, 30821, Nr. 173.

<sup>32</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2023–2024, 30821, Nr. 230.

war die Zunahme von Einschüchterungen und physischen Bedrohungen gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Europa sowie die Rolle, die Antisemitismus bei gewalttätigem Extremismus und Radikalisierungen spielt. Bei den Sitzungen der PBC geht es um Antisemitismus als Bestandteil verschiedener Formen des Extremismus, die Art der Registrierung antisemitischer Vorfälle und um die Frage, wie sich diese Registrierung auf EU-Ebene harmonisieren lässt. Außerdem findet ein Austausch über erfolgreiche Initiativen und über Hindernisse bei der Bekämpfung bzw. Prävention von Antisemitismus im Kontext von Extremismus statt.

#### *Konzept zur Bekämpfung von Diskriminierung im Internet*

2022 haben die Ministerien für Inneres und Königsbeziehungen, für Justiz und Sicherheit, für Soziales und Arbeit, für Bildung, Kultur und Wissenschaft sowie für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport gemeinsam mit dem Nationalen Koordinator für die Bekämpfung des Antisemitismus (NCAB) und dem Nationalen Koordinator für die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus (NCDR) ein Projekt zur Intensivierung des Vorgehens gegen Diskriminierung im Internet aufgelegt. Anfang 2023 wurde dem Abgeordnetenhaus ein Schreiben<sup>33</sup> übermittelt, das eine Übersicht über bereits laufende Initiativen bietet. Bis Ende 2024 wird die Innenministerin dem Abgeordnetenhaus das interministerielle Konzept zur Bekämpfung von Diskriminierung im Internet zusenden, in dem explizit auf Antisemitismus eingegangen wird. **Ergänzend wird der Justizminister gemeinsam mit dem NCAB auch mit Akteuren aus dem Bereich der sozialen Medien Gespräche unter anderem über Diskriminierung im Internet führen.**

#### *Gesetz über digitale Dienste*

Im Februar 2024 ist das Gesetz über digitale Dienste vollständig in Kraft getreten. Es verpflichtet Anbieter von Internetdiensten unter anderem dazu, einfache und benutzerfreundliche Möglichkeiten für die Meldung illegaler Inhalte – etwa strafbare und unrechtmäßige antisemitische Beiträge – anzubieten. Nach Eingang einer Meldung sind Plattformen verpflichtet, den betreffenden Beitrag zu beurteilen. Sollten sie trotz Vorliegens rechtswidriger Inhalte keine Schritte unternehmen, können sie haftbar gemacht werden. Das Gesetz bietet Aufsichtsbehörden die Möglichkeit, Akteure als »vertrauenswürdige Hinweisgeber« zu zertifizieren, deren Meldungen Plattformen unverzüglich und mit Priorität nachgehen müssen. Außerdem sieht das Gesetz Berichtspflichten für Anbieter von Online-Plattformen vor, die Moderationsentscheidungen an die Europäische Kommission übermitteln müssen, die von dieser dann in die DSA Transparency Database aufgenommen werden.<sup>34</sup> Das Gesetz trägt auch dazu bei, dass besser gegen gesellschaftliche Risiken bei der Internetnutzung, darunter die schnelle Verbreitung illegaler antisemitischer Äußerungen, vorgegangen werden kann. Die Europäische Kommission überwacht die Einhaltung der Verpflichtungen und kann diese auch durchsetzen, beispielsweise durch Verhängung einer Geldstrafe, die bis zu 6 % des weltweiten Umsatzes des betreffenden Anbieters betragen kann. Das Abgeordnetenhaus hat das Durchführungsgesetz zum DSA am 15. Oktober 2024 verabschiedet.<sup>35</sup>

#### *Kontakt mit der Medienaufsichtsstelle*

Mit dem Antrag der Abgeordneten van der Plas<sup>36</sup> wird die Regierung ersucht, Kontakt zur Medienaufsichtsstelle (Commissariaat voor de Media) aufzunehmen und sie aufzufordern, die Einhaltung des Mediengesetzes und die Registrierungspflicht für Social-Media-Accounts mit mehr als 500.000 Followern aktiv durchzusetzen. Wie in der Debatte am 13. November 2024 dargelegt, ist die Medienaufsichtsstelle ein unabhängiges Organ, das selbständig über Kontrolle und Rechtsdurchsetzung entscheidet. Die Regierung kann sie also nicht anweisen, sich mit

<sup>33</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2022-2023, 30950, Nr. 334.

<sup>34</sup> <https://transparency.dsa.ec.europa.eu>.

<sup>35</sup> Durchführungsgesetz zur Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Kamerdossier 36531).

<sup>36</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2024-2025, Nr. 13.

bestimmten Fragen mehr oder weniger intensiv zu befassen. Der Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft steht in ständigem Kontakt mit der Aufsichtsstelle und wird in diesem Rahmen den Antrag und die geltenden Plattformregelungen allgemein besprechen. Er wird das Abgeordnetenhaus zeitnah darüber informieren, wie die Aufsicht über diese Kanäle derzeit geregelt ist.

#### *Meldestelle für Diskriminierung im Internet*

Das Ministerium für Justiz und Sicherheit fördert mit jährlichen Zuschüssen die Meldestelle für Diskriminierung im Internet, bei der unter anderem antisemitische Beiträge gemeldet werden können. Die Meldestelle beurteilt, ob es sich bei der Äußerung um einen strafbaren Inhalt handelt; ist dies der Fall, wird die betreffende Plattform aufgefordert, sie zu löschen.

#### *Internationaler Wissensaustausch*

Um Erkenntnisse über den Kampf gegen Antisemitismus auf kommunaler Ebene im übrigen Europa zu gewinnen, führte der NCAB im November 2023 die niederländische Delegation kommunaler Amtsträger beim alljährlich stattfindenden Europäischen Bürgermeistergipfel gegen Antisemitismus an. Diese Rolle wird er auch künftig bei (internationalen) Konferenzen über kommunale Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus übernehmen.

**Er tauscht sich mit ausländischen Koordinatoren über Trends auf dem Gebiet des Antisemitismus und über erfolgreiche Maßnahmen seiner Bekämpfung aus.** Der NCAB informiert die Regierung und die relevanten Ministerien hierüber; ihrerseits holen die Ministerien beim NCAB Empfehlungen zur Antisemitismuspolitik ein.

#### *Leitfaden für Gemeinden zum Umgang mit Spannungen und Polarisierung*

Die Kompetenzeinheit für soziale Stabilität des Ministeriums für Soziales und Arbeit hat einen Leitfaden für Gemeinden, Praktiker und Arbeitgeber formuliert, der Handlungsperspektiven für den Umgang mit Spannungen und bei Polarisierung infolge des Konflikts im Nahen Osten enthält.

#### *Maßnahmen gegen den Onlinevertrieb antisemitischer Bücher*

Mehrere große Onlinebuchhandlungen haben sich dazu verpflichtet, gegen den Verkauf von Büchern mit antisemitischem Inhalt vorzugehen. Der NCAB hat die Initiative zur Zusammenführung dieser Unternehmen ergriffen, damit sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen austauschen und so gemeinsam einen effektiven Stufenplan erarbeiten können. Die Regierung ermutigt auch andere Webshops und Plattformen dazu, sich dieser privaten Initiative anzuschließen.

## Ziel: Gemeinsam stark gegen Antisemitismus im Fußball

### *Die Herausforderung*

Leider kommt es – wie in der Gesellschaft insgesamt – auch im Profi- und Amateurfußball zu antisemitischen Vorfällen. Antisemitismus am Spielfeldrand und auf der Tribüne wird im Allgemeinen zu oft mit Bemerkungen wie »Die wissen gar nicht, was sie da rufen« oder »Das ist doch nicht ernst gemeint« verharmlost.

Antisemitische Parolen und Sprechchöre, die im und vor dem Fußballstadion skandiert werden, haben für viele Juden weit darüber hinaus Auswirkungen. So werden die Sprechchöre beispielsweise an Schulen wiederholt. Eine Untersuchung unter Lehrern an weiterführenden Schulen hat ergeben, dass Antisemitismus von Schülern größtenteils aus dem Fußball-Milieu übernommen wird.<sup>37</sup> Dies wird auch von Statistiken zur Ermittlung und Verfolgung von diskriminierenden Straftaten belegt. Die meisten der diskriminierenden Straftaten, bei denen es um Antisemitismus geht, wird im Fußball-Milieu begangen. In all diesen Fällen handelt es sich bei den Verdächtigen um Fußballfans.<sup>38</sup>

### *Das Ziel*

Fußball verbindet, macht Spaß und wirkt sinnstiftend. Trotz aller guten Absichten und der von den Fußballvereinen getroffenen Maßnahmen sind in niederländischen Fußballstadien noch immer regelmäßig antisemitische Sprechchöre und Parolen zu hören. **Vor diesem Hintergrund ruft die Regierung erneut alle Fußballclubs dazu auf, gegen Antisemitismus vorzugehen.**

Der niederländische Fußballbund KNVB hat mit Blick auf die Bekämpfung speziell von Sprechchören eine Richtlinie zur Bekämpfung verbaler Gewalt formuliert, die auf diskriminierende, rassistische und antisemitische Sprechgesänge abzielt. Ist ein Sprechchor zu hören, muss gemäß dieser Richtlinie eingegriffen und das Publikum über die Stadionlautsprecher auf das Verhalten angesprochen werden. Darüber hinaus können Spiele vorübergehend unterbrochen oder komplett abgebrochen werden. Das Ministerium für Justiz und Sicherheit prüft die Möglichkeiten, im Falle diskriminierender Sprechchöre, bei denen der individuelle Anteil eines Verdächtigen schwer nachzuweisen ist, die Strafverfolgung zu erleichtern (Ausweitung von Artikel 141 des niederländischen Strafgesetzbuchs auf das Skandieren von Parolen).

### *Inklusion im Fußball*

Im Rahmen eines Plans für Inklusion im Fußball (»Ons Voetbal is van iedereen«/OVIVI – Unser Fußball gehört uns allen) unternimmt die Regierung zusammen mit dem KNVB, den Fußballvereinen und betroffenen Stakeholdern wichtige Schritte im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung im Fußball. Am 28. September 2023<sup>39</sup> wurde ein Follow-up zu diesem Plan vorgelegt, der die Elemente Vorbeugung, Melden, Sanktionieren und Zusammenarbeit umfasst. Diskriminierende, rassistische, antisemitische oder homophobe Äußerungen, Verhaltensweisen oder Sprechchöre werden auf dem Platz und im Stadion nicht toleriert.

Das Programm OVIVI läuft bis Ende 2025 und wird dann umgehend evaluiert. Die zuständigen Kabinettsmitglieder besprechen mit allen Beteiligten, in welchen Bereichen das gewählte

---

<sup>37</sup> Antisemitisme in het voortgezet onderwijs (Antisemitismus an weiterführenden Schulen), 2023, Panteia (im Auftrag der Anne-Frank-Stiftung).

<sup>38</sup> Strafbare discriminatie in beeld (Übersicht zu strafbaren Diskriminierungsfällen) 2023.

<sup>39</sup> Parlamentsdruksachen II, 2023-2024, 30234, Nr. 379.

Konzept auch nach 2025 fortgesetzt werden kann, wobei neben dem weiter gefassten Begriff der Diskriminierung speziell dem Kampf gegen Antisemitismus Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Im Vorgriff auf die Evaluierung werden wir in jedem Fall die nachstehenden Maßnahmen ergreifen.

#### *Aufstockung des Fair-Play-Workshops der Anne-Frank-Stiftung*

Im Rahmen von OVIVI setzt das Ministerium für Soziales und Arbeit mit zwei Projekten auf Bewusstseinschärfung und Verhaltensänderungen bei Jugendlichen: Fair-Play-Workshops, die die Anne-Frank-Stiftung gemeinsam mit den Vereinen und den Sprechchöre-Projekten organisiert. Die Fair-Play-Workshops werden in Schulen (in Zusammenarbeit mit den Jugendtrainern der Profivereine) und den Fußballvereinen (Profis und Amateure) angeboten. Die Workshops umfassen unter anderem ein Online-Game und Gruppenarbeit. Damit will die Stiftung Jugendlichen verschiedene Formen der Diskriminierung (wie Antisemitismus, Rassismus und Homophobie) und die Rolle, die sie selbst dabei auf dem Spielfeld oder der Tribüne spielen, vor Augen führen. Das Spiel zeigt auf, dass Jugendliche selbst etwas gegen Diskriminierung tun können.

Das Sozialministerium finanziert 80 Workshops bis Ende 2025, mit denen sich 1600 bis 2000 Jugendliche erreichen lassen. **Die Regierung wird die erforderlichen Mittel bereitstellen, damit die Anne-Frank-Stiftung die Workshops im Jahr 2025 auf weitere Fußballvereine ausweiten kann.** Mit diesen zusätzlichen Mitteln kann die Stiftung 2025 insgesamt 140 Workshops anbieten, an denen dann 2800 bis 3500 Jugendliche teilnehmen können.

#### *Fortsetzung/Follow-up des Sprechchöre-Projekts*

Fans, die antisemitische Parolen skandieren, können auf Veranlassung des Vereins am Sprechchöre-Projekt teilnehmen, das von der Anne-Frank-Stiftung unterstützt wird. Mit diesem Projekt, das bei den Fußballvereinen Feyenoord Rotterdam, FC Utrecht und FC Den Bosch läuft, soll bei den Fans das Bewusstsein für die verletzende Wirkung antisemitischer Sprechchöre geschärft werden. Es wird auch nach 2024 fortgesetzt. Der FC Utrecht hat im Mai eine Dokumentation über die Bekämpfung von Sprechchören veröffentlicht: »Op naar een stadion Galgenwaard voor iedereen« (Auf zu einem Stadion Galgenwaard für alle). Sie kann online gestreamt werden. Die Anne-Frank-Stiftung wird mit Hilfe dieser Dokumentation ermitteln, ob auch bei anderen Profi-Vereinen entsprechendes Interesse geweckt werden kann. Die Regierung ruft den Fußballbund und die Profivereine dazu auf, sich noch stärker gegen diskriminierende Sprechchöre einzusetzen und sich vergleichbaren Projekten anzuschließen.

#### *Erfassen, nachweisen und monitoren*

Die Vereine müssen gewährleisten, dass antisemitische Äußerungen und andere einschlägige Vorfälle erfasst und nachgewiesen werden können. Deshalb hält die Regierung die Vereine verstärkt dazu an, Technologien zu nutzen, die im Rahmen von OVIVI entwickelt bzw. weiterentwickelt worden sind, etwa den identitätsbasierten Zugang zum Stadion, sowie die Möglichkeiten, Anzeichen und klare Äußerungen von Antisemitismus und Diskriminierung in Ton und Bild festzuhalten. Ziel ist es, Täter ermitteln und verfolgen zu können. Die Regierung weist die Vereine auf ihre Verantwortung für die Registrierung und Dokumentierung antisemitischer Vorfälle hin. Sie ruft jene Clubs, die noch nicht über die benötigte Technologie verfügen, dazu auf, die notwendigen Investitionen vorzunehmen.

#### *Normsetzung*

Im Rahmen von OVIVI hat sich der KNVB in den vergangenen Jahren für die Schärfung des Bewusstseins für Diskriminierung im Fußball eingesetzt. Jetzt ist es Zeit für den nächsten Schritt. **Am 25. September 2024 hat der KNVB die Kampagne »Diskriminierung = Keine Chance« ins Leben gerufen**, die auf Verhaltensänderungen abzielt. So wird Schritt für Schritt von der

Bewusstseinschärfung (2020 – 2023) über eine weithin akzeptierte Norm (2024) auf die Verbreitung von Maßnahmen bei Überschreitung dieser Norm (2025) hingewirkt. Die Fußballclubs können ihre Mitglieder und Besucher über diese Norm mittels Bandenwerbung, Poster in Vereinsheimen, Fensterfolien, Flaggen und Online-Beiträgen informieren. Mittlerweile nutzt bereits jeder achte Verein das entsprechende Kampagnenpaket.

#### *Kampagnen im Amateursport*

In Ergänzung zu den Maßnahmen des OVIVI-Programms stellt die Regierung ab 2026 jährlich 100.000 Euro zusätzlich **für Amateurvereine zur Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus bereit** sowie für Kampagnen zur Schärfung des Bewusstseins für die jüdische Geschichte und die Holocaustvergangenheit von Amateurfußballclubs und ihrem Umfeld. **Darüber hinaus finanziert die Regierung eine regelmäßig stattfindende Kampagne zur Schärfung des Bewusstseins für den Holocaust und heutigen Antisemitismus im gesamten Amateursport.** Für diese Kampagne stellt die Regierung ab 2026 jährlich 100.000 Euro bereit. Der NCAB wird in die verschiedenen Kampagnen eingebunden.

### 3. Säule: Erinnern und feiern

#### Ziel: Wachhalten der Erinnerung und Anerkennung

##### *Die Herausforderung*

Juden sind noch immer mit den generationsübergreifenden Auswirkungen des Holocausts konfrontiert. Außerdem ist der Holocaust ein Angstbild, das viele niemals loswerden. »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen«, so der Auschwitz-Überlebende Primo Levi.

Deshalb gilt es, in Bezug auf Antisemitismus, Hass und Ausgrenzung wachsam zu sein und zu bleiben. Gregory H. Stanton<sup>40</sup> beschreibt in »Die zehn Phasen des Völkermords« die verschiedenen Stufen, die zu einem Völkermord führen. Diskriminierung ist die dritte Stufe. Als nächstes folgt die Entmenschlichung, bei der eine Gruppe als Bürger zweiter Klasse, als Krankheit, Ungeziefer, minderwertig und weniger menschlich stigmatisiert wird. Die zehn Stufen sind in der heutigen Welt zu beobachten. Die Erinnerung an den Holocaust und die Bildungsarbeit zu diesem Thema sind von wesentlicher Bedeutung für die weitere Schärfung des Bewusstseins für die Folgen von Antisemitismus, Ausgrenzung, Hass und der Aushöhlung des demokratischen Rechtsstaats.

Für viele Juden ist der Holocaust mit persönlichen Erinnerungen verbunden – Erinnerungen an Mitglieder und Freunde der eigenen Familie, aber auch an Familien, die niemand mehr kennt, weil sie ermordet worden sind. Wenn wir gedenken, erkennen wir als Gesellschaft und als Staat die Schwere der Gräueltaten an, die niemals vergessen werden dürfen.

Als Regierung, und als Vertreter des niederländischen Staates, gedenken wir der Opfer, wir reflektieren aber auch unsere eigene Rolle als Staat während des Zweiten Weltkriegs und der Zeit danach. 2020 entschuldigte sich der damalige Ministerpräsident Rutte im Namen des Staates für die Haltung und das Handeln des Staates zu Zeiten der Judenverfolgung. Der niederländische Staat trägt deshalb eine besondere historische Verantwortung beim Kampf gegen den Antisemitismus in der niederländischen Gesellschaft, wie auch bei der Bewahrung dessen, was vom jüdischen Leben der Vorkriegszeit noch erhalten ist, etwa Gebäude und andere Kulturgüter.

##### *Das Ziel*

Wir haben eine gemeinsame Geschichte, zu der auch die Geschichte des Zweiten Weltkriegs gehört. Gut 80 Jahre nach der Landung der alliierten Truppen in der Normandie befinden wir uns heute in einer Phase des Übergangs: vom Gedenken und Feiern der Befreiung *mit* denjenigen, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, zum Gedenken und Feiern *ohne* sie. Wir sind alle gemeinsam dafür verantwortlich, dass die Erinnerung nicht verblasst, und als Regierung werden wir bei unterschiedlichen Zielgruppen auch weiterhin gezielt dafür sorgen.

In diesem Rahmen werden folgende Schritte unternommen:

##### *Gedenken*

Die greifbare und die ungreifbare Geschichte des Zweiten Weltkriegs muss bewahrt und an die kommenden Generationen weitergegeben werden. Zu diesem Zweck unterstützt das Ministerium für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport professionelle Organisationen wie die fünf

---

<sup>40</sup> <https://www.genocidewatch.com/nl/tenstages>.



Gedenkzentren, das Jüdische Kulturviertel Amsterdam, das Nationale Komitee für den 4. und 5. Mai, das Institut für Kriegs-, Holocaust- und Genozidstudien (NIOD), die Anne-Frank-Stiftung und das neue Nationale Holocaustmuseum.

**Im Rahmen der Feierlichkeiten »80 Jahre Freiheit« erinnern wir an die Befreiung des Königreichs der Niederlande.** Von September 2024 bis August 2025 feiern wir, dass wir in Freiheit in einem demokratischen Rechtsstaat leben. Dabei gedenken wir auf unterschiedliche Weise und an verschiedenen Orten der Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts, zum Beispiel im Rahmen folgender Veranstaltungen:

- Nationales Holocaustgedenken am 26. Januar 2025, organisiert vom niederländischen Auschwitz-Komitee;
- Verlesen von über 100.000 Namen von Juden, Sinti und Roma, die Opfer des Holocausts wurden;
- Nationales Totengedenken am 4. Mai 2025 in Amsterdam, bei dem an die Opfer des Zweiten Weltkriegs und von Kriegseinsätzen und Friedensmissionen in der Zeit danach erinnert wird. Auch an anderen Orten wird an diesem Tag der Opfer gedacht.

#### *Holocaust Memorial Day*

Der 27. Januar ist der internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts. An diesem Tag wurde 1945 das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreit. Seit 2017 begehen immer mehr Länder, Organisationen und Privatpersonen im Rahmen der #WeRemember-Kampagne diesen Tag. In dieser Kampagne geht es um das Gedenken der Holocaust-Opfer, den Kampf gegen jegliche Form von Antisemitismus und Hass und die Verteidigung des Pluralismus. Die Regierung wird sich auch weiterhin auf unterschiedliche Art und Weise an der #WeRemember-Kampagne beteiligen.

#### *Januar: Monat der Holocaust-Bildung*

Ein Bestandteil des Nationalen Plans zur Stärkung der Holocaust-Bildung ist die Kampagne des NCAB zum Januar als Monat der Holocaust-Bildung ([leeroverdeholocaust.nl](http://leeroverdeholocaust.nl)). **In diesem Rahmen soll insbesondere im Bildungsbereich der Fokus auf die Holocaust-Bildung sowie das verfügbare Lehrmaterial und auf Aktivitäten gerichtet werden.** Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft wird – zur Unterstützung des NCAB – auf verschiedenen Kanälen auf diese Kampagne hinweisen, etwa in Newslettern, über soziale Medien und die Kompetenzstelle Bürgerbildung. Darüber hinaus wird z. B. über soziale Medien, Straßenplakate und Radiospots auf verfügbares und spezifisches Material und auf Aktivitäten zum Gedenken an den Holocaust bzw. zur Holocaust-Bildung aufmerksam gemacht. Die Kampagne wird 2025 aus Mitteln des NCAB finanziert.

#### *Nationaler Tag gegen Antisemitismus – 25. April*

Dem Antrag des Abgeordneten Eerdmans<sup>41</sup> folgend hat das Abgeordnetenhaus den 25. April zum Nationalen Tag gegen Antisemitismus erklärt. Auf eigenen Wunsch wird dem Abgeordnetenhaus jedes Jahr vorab ein Bericht übermittelt, in dem über die Fortschritte bei den Anstrengungen der Regierung zur Bekämpfung des Antisemitismus berichtet wird.

---

<sup>41</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2023-2024, 30950, Nr. 377.

## Ziel: Jüdisches Leben in den Niederlanden kennenlernen und feiern

### *Die Herausforderung*

Juden sind bereits seit dem 12. Jahrhundert Teil unserer Gesellschaft. Vor 85 Jahren war ein Zehntel der Amsterdamer Bevölkerung jüdisch. Heute machen Juden nur noch 0,3 Prozent der niederländischen Bevölkerung aus, das entspricht ungefähr 50.000 Niederländern. Wir können uns heute kaum vorstellen, wie die niederländische Gesellschaft – insbesondere in Amsterdam und anderen Städten – vor dem Zweiten Weltkrieg aussah.

Der Genozid an den Juden im Zweiten Weltkrieg hat ein großes Loch in die niederländische Gesellschaft gerissen. Nach dem Krieg war das Leben aus den jüdisch geprägten Stadtvierteln verschwunden; einige Viertel wurden buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht.

Die jüdische Geschichte und das jüdische Leben sind schon seit Jahrhunderten Bestandteil der niederländischen Kultur, und das gilt auch für die Gegenwart. Gleichwohl besteht die Sorge, dass das jüdische Kulturerbe zu oft mit dem Holocaust statt mit der langen und reichen Geschichte der Juden in den Niederlanden assoziiert wird.<sup>42</sup> Antisemitismus lässt sich auch dadurch bekämpfen, dass man das jüdische Leben und die jüdische Kultur kennenlernt.

### *Das Ziel*

Der Regierung ist es ein großes Anliegen, dass das jüdische Erbe in den Niederlanden, beispielsweise Gebäude und Kulturgüter, erhalten bleibt. Dieses Erbe erlaubt Einblicke in die Gesellschaft von früher, in der jüdisches Leben ein untrennbarer Bestandteil der niederländischen Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Philosophie, Malerei und Architektur war, und in den Einfluss, den das Jiddische und Hebräische auf die niederländische Sprache gehabt haben. Es ist wichtig, dass dieses jüdische Erbe samt der Geschichten, die es erzählt, im Bewusstsein unserer gesamten Gesellschaft weiterlebt und dauerhaft geschützt wird. Die Vermittlung von Wissen über das jüdische Leben und die jüdische Kultur ist nicht nur die Aufgabe des Bildungswesens, vielmehr kann das Wissen über das Judentum auch dadurch erweitert werden, dass jüdische Feiertage in den Fokus gerückt und Veranstaltungen im Rahmen des interreligiösen und interkulturellen Dialogs organisiert werden.

Die Regierung hat mit Entsetzen zur Kenntnis genommen, dass in den vergangenen Jahren mehrere Vorstellungen von Künstlern mit jüdischem Hintergrund gestört oder aus Sicherheitsgründen an einen anderen Ort verlegt wurden. Grundsätzlich gilt: Der Kultursektor hat ein öffentlicher und sicherer Raum zu bleiben. Die freie Meinungsäußerung ist von grundlegender Bedeutung und darf nicht in Bedrängnis geraten. Es ist inakzeptabel, dass Aufführungen, Konzerte und sonstige kulturelle Aktivitäten nicht stattfinden, weil es darin um ein jüdisches Thema geht oder weil der Künstler einen jüdischen Hintergrund hat. Damit es nicht so weit kommt, müssen Kultureinrichtungen gut vorbereitet sein, wenn es Hinweise auf eine Störung der Veranstaltung gibt.

Vor diesem Hintergrund werden wir die folgenden Schritte unternehmen:

*Leitfaden zum Umgang mit Spannungen: Wissen miteinander teilen und Vielgestaltigkeit des Kultursektors sichern*

**Die Regierung steht für einen inklusiven, vielgestaltigen und zugänglichen Kultursektor, in dem Antisemitismus keinen Platz hat.** Grundsätzlich stellen Kultureinrichtungen ihre Programme

---

<sup>42</sup> Networks Overcoming Antisemitism (Netzwerke zur Überwindung von Antisemitismus), S. 15.

selbst zusammen. Allerdings ist es nicht hinnehmbar, wenn Organisationen und Künstler mit Verbindungen zum Judentum aus diesem Grund abgelehnt werden. Deshalb ist es wichtig, dass Kultureinrichtungen über das Wissen und die Erfahrung verfügen, sich zu Polarisierung in der Gesellschaft zu positionieren. Der Kultursektor hat einen Leitfaden für den Umgang mit Spannungen im Kontext einer Kulturveranstaltung in Umlauf gebracht. Das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft, das Ministerium für Justiz und Sicherheit und der Verband Niederländischer Gemeinden haben Gespräche geführt mit dem Ziel, den Zugang zu den lokalen Dreierkonsultationen zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Kommunalverwaltung zu gewährleisten. Darüber hinaus stellt die Regierung einmalig 80.000 Euro für die Fortsetzung des Dialogs und des Wissensaustauschs mit den Kultureinrichtungen zur Verfügung, damit eine inklusive, vielgestaltige und zugängliche Kulturwirtschaft erhalten bleibt.

#### *Das Erleben von Identität, Kultur und Glaube*

Immer wieder werden bei öffentlichen Aktivitäten keine religiösen Feier- oder Gedenktage außer den christlichen berücksichtigt. **Die Regierung ruft staatliche Einrichtungen und Unternehmen dazu auf, unter anderem jüdische und muslimische Feiertage, den Schabbat und religiöse Speisevorschriften verstärkt zu berücksichtigen und etwa jüdischen Feiertagen Aufmerksamkeit zu widmen, analog zu bestehenden Initiativen im Zusammenhang mit anderen Feiertagen.** Mindestens ist Arbeitnehmern zu erlauben, an einem anderen Tag von religiöser Bedeutung freizunehmen als einem allgemein anerkannten christlichen Feiertag. Dieser Aufruf richtet sich auch an alle Ministerien, und der Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft wendet sich in diesem Sinne darüber hinaus an die Bildungseinrichtungen.

#### *Interreligiöser und interkultureller Dialog*

In den Niederlanden sind viele junge Leute noch nie mit jüdischem Leben in Kontakt gekommen. Andere Kulturen und Religionen können sich in verschiedenen jüdischen Gebräuchen wiedererkennen. Eine solche Wiedererkennung kann zu gegenseitigem Verständnis und Akzeptanz beitragen, womit Vorurteilen und Stereotypisierungen entgegengewirkt wird. **Zur Professionalisierung von Aktivitäten zum Kennenlernen des jüdischen Lebens werden für Projekte wie »Lerne Deine Nachbarn kennen« jährlich 100.000 Euro bereitgestellt. In die Zuteilung der Mittel wird der NCAB einbezogen.**

Ende 2023 begann das Ministerium für Soziales und Arbeit mit der Organisation von Veranstaltungen zum interreligiösen Dialog zwischen Jugendlichen jüdischen, muslimischen und christlichen Glaubens. Sie sollen zu gegenseitigem Verständnis, positiv(er)em Denken übereinander und zur Überwindung negativer Stereotype beitragen. Nach dem Ende des Pilotprojekts im April 2025 entscheidet das Ministerium über den Fortgang.

#### *Wahrung des jüdisch-niederländischen Kunst- und Kulturerbes*

**Auf der Grundlage des Kulturerbegesetzes stellt das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft dem Jüdischen Kulturquartier Amsterdam strukturell finanzielle Mittel für öffentliche Veranstaltungen und die Verwaltung und Erhaltung der Sammlung des Jüdischen Museums zur Verfügung.** Darüber hinaus wurden 80 (ehemalige) Synagogen und 71 jüdische Friedhöfe unter Denkmalschutz gestellt, so dass die Besitzer Fördermittel für die Instandhaltung beantragen können. Das Staatliche Amt für das Kulturerbe stellt Informationen über diese Kulturgüter bereit.

Mit den vorgenannten Maßnahmen wird zudem dem Antrag des Abgeordneten Stoffer<sup>43</sup> Folge geleistet, mit dem die Regierung dazu aufgefordert wurde, gemeinsam mit dem NCAB einen Vorschlag zum Schutz des jüdischen Lebens vorzulegen. Diese Strategie stellt ein mehrjähriges

---

<sup>43</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2024-2025, 36651, Nr. 16.

Konzept dar, in dessen Rahmen die Regierung und der NCAB die Effektivität der Maßnahmen und der weiteren Intensivierungen jährlich überprüfen.

## Anhang: Koordinierung der Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus

Das Regierungsprogramm sieht vor, dass die Regierung im Herbst 2024 gemeinsam mit dem Nationalen Koordinator für die Bekämpfung des Antisemitismus (NCAB) und unter Federführung des Ministers für Justiz und Sicherheit eine nationale Strategie für die Intensivierung der Bekämpfung von Antisemitismus formuliert. Wie im Schreiben vom 23. April 2024 an das Abgeordnetenhaus erwähnt<sup>44</sup>, spielt der NCAB als Sonderberater der Regierung in der gesamten Strategie eine Schlüsselrolle, indem er Empfehlungen zur Antisemitismuspolitik und zu deren Umsetzung abgibt.

Die Institution des Koordinators für die Bekämpfung des Antisemitismus (NCAB) wurde 2021 geschaffen. Der NCAB hat eine beratende, treibende und verbindende Rolle. Er berät die Regierung, die Ministerien und nachgeordnete Gebietskörperschaften im Kampf gegen Antisemitismus. Hierzu bündelt er Fachwissen und die einschlägigen Strategien in der öffentlichen Verwaltung, und er unterstützt die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ministerien und gesellschaftlichen Organisationen. Auf diese Weise unterstützt und fördert der NCAB die Infrastruktur zur Bekämpfung von Antisemitismus sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch in der Gesellschaft insgesamt. Darüber hinaus hat er die Aufgabe, die jüdische Gemeinschaft und den Minister für Justiz und Sicherheit über Entwicklungen zu informieren, einen Gesprächszyklus mit Kommunen mit jüdischer Gemeinde zu initiieren und Sicherheitsmaßnahmen zu monitorieren, um herauszufinden, welche Maßnahmen die jüdischen Gemeinden wirksam schützen, die verschiedenen Akteure im Kampf gegen Antisemitismus bei Problemen in der Bearbeitung von Antisemitismusfällen und ganz allgemein zu beraten sowie internationale Kontakte zwecks Erfahrungsaustausch und ggf. Übernahme bewährter Praktiken zu pflegen.

In dieser Strategie legen wir im Namen der gesamten Regierung und in Abstimmung mit dem NCAB fest, welche zusätzlichen Maßnahmen im Kampf gegen den Antisemitismus ergriffen werden. Außerdem wird auf die Zuteilung der zusätzlichen Mittel eingegangen, die bei früheren Beratungen des Haushalts des Justizministeriums frei geworden sind. Der NCAB wurde zur Mittelzuteilung konsultiert.

Bei der Bekämpfung von Antisemitismus kommen verschiedenen Kabinettsmitgliedern spezifische Aufgaben zu, für die sie im Rahmen ihres Geschäftsbereichs die Letztverantwortung tragen.

Beim Thema Antisemitismus ist der Minister für Justiz und Sicherheit für die Koordinierung verantwortlich; darüber hinaus trägt er aufgrund seiner Zuständigkeit für Staatsanwaltschaft und Polizei auch eine Verantwortung für die Ermittlung und Verfolgung von Antisemitismus. Da auch die Aspekte Religion und Glaubensgemeinschaften in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, pflegt er Kontakte mit der jüdischen Gemeinschaft, um – gemeinsam mit dem Innenminister – die Religionsfreiheit zu gewährleisten.

Die politische Leitung des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft ist für die Bereiche Bildung, Emanzipation und Kultur zuständig. Der Minister und die Staatssekretärin setzen sich aktiv für Bildungsmaßnahmen zum Holocaust und anverwandten Themen ein, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb von Bildungseinrichtungen. Auch die aktive Förderung der Bürgerbildung fällt in ihre Zuständigkeit. Hier geht es beispielsweise um die Stärkung von Grundwerten wie Nichtdiskriminierung, wobei von den Schulen unter Umständen, etwa bei bestehenden Risiken, eine proaktive Haltung eingefordert wird. Die Aufsichtsbehörde für das

<sup>44</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2023-2024, 30950, Nr. 367.

Bildungswesen überwacht die Einhaltung dieser Vorgabe. Darüber hinaus können der Minister und die Staatssekretärin bei der Gewährleistung der Sicherheit in Bildungseinrichtungen eine unterstützende Rolle spielen; dabei steht die Absicherung von Lehre, Forschung und akademischer Freiheit im Mittelpunkt. Der Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft ist zudem für den Erhalt des ausgewiesenen jüdischen Kulturerbes und für die Wiedergutmachungspolitik zuständig.

Aufgrund seiner Zuständigkeit für die Verfassung ist der Minister für Inneres und Königreichsbeziehungen für die Koordinierung des umfassenden Ansatzes zur Bekämpfung von Diskriminierung verantwortlich.

Der Staatssekretär für Gesundheit, Gemeinwohl und Sport koordiniert die Politik für vom Krieg betroffene Personen und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg (einschließlich des Holocaust). Darüber hinaus fällt der Kampf gegen Antisemitismus im Sport in seine Zuständigkeit. Der Staatssekretär für Arbeitsförderung und Integration setzt sich für die Prävention von Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion oder Hautfarbe ein. Der Minister für Soziales und Arbeit befasst sich mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten repräsentiert die Politik der niederländischen Regierung im Ausland, auch mit Blick auf den Kampf gegen Antisemitismus.

Auch bei der Umsetzung der vorliegenden Strategie durch die Ministerien wird der NCAB eng eingebunden werden. Zudem wird er Empfehlungen zur Verbesserung des Konzepts mit Blick auf die Ministerien und andere Gebietskörperschaften aussprechen.

## Anhang: Erläuterungen zur Finanzierung

Die Zuständigkeit für die in der Strategie formulierten Maßnahmen einschließlich ihrer Finanzierung liegt bei den Fachministerien. Dabei fungiert das Ministerium für Justiz und Sicherheit beim Thema Antisemitismus als Koordinierungsstelle; auch der NCAB ressortiert hier. In der Strategie ist in Abstimmung mit dem NCAB auch auf die zusätzlichen Mittel eingegangen worden, die für die Bekämpfung von Antisemitismus bereitgestellt worden sind.

Im Haushalt des Ministeriums für Justiz und Sicherheit stehen ab 2025 strukturell 4,5 Millionen Euro für die weitere Intensivierung des Kampfes gegen Antisemitismus bereit. Diese Mittel können behördenübergreifend eingesetzt werden. Grundsätzlich muss jedes Ministerium Maßnahmen, die in die eigene Zuständigkeit fallen, selbst finanzieren, die genannten Mittel können aber Initiativen einen Impuls verleihen, für die noch keine Gelder vorgesehen sind. In den kommenden Jahren werden – unter enger Einbeziehung des NCAB – mit den Ministerien konkretere Vereinbarungen zur möglichst effektiven Verwendung dieser Mittel getroffen. Ein Teil davon wird strukturell für die Geschäftsstelle des Nationalen Koordinators für die Bekämpfung des Antisemitismus reserviert.

Diese Mittel werden für die weitere Verstärkung des Kampfes gegen Antisemitismus eingesetzt, im Jahr 2025 beispielsweise für Maßnahmen zur Bewusstseinschärfung und Verhaltensänderung im Fußball, für mehr Austausch und Dialog im Kampf gegen Polarisierung und für die Unterstützung jüdischer Opfer. Wozu die Mittel darüber hinaus eingesetzt werden sollen, wird noch näher untersucht.

Über die Finanzierung der Umsetzung des Nationalen Plans zur Stärkung der Holocaust-Bildung wurde das Abgeordnetenhaus bereits mit dem Schreiben vom 24. Juni dieses Jahres unterrichtet.<sup>45</sup>

---

<sup>45</sup> Parlamentsdrucksachen II, 2023-2024, 36272, Nr. 17.